

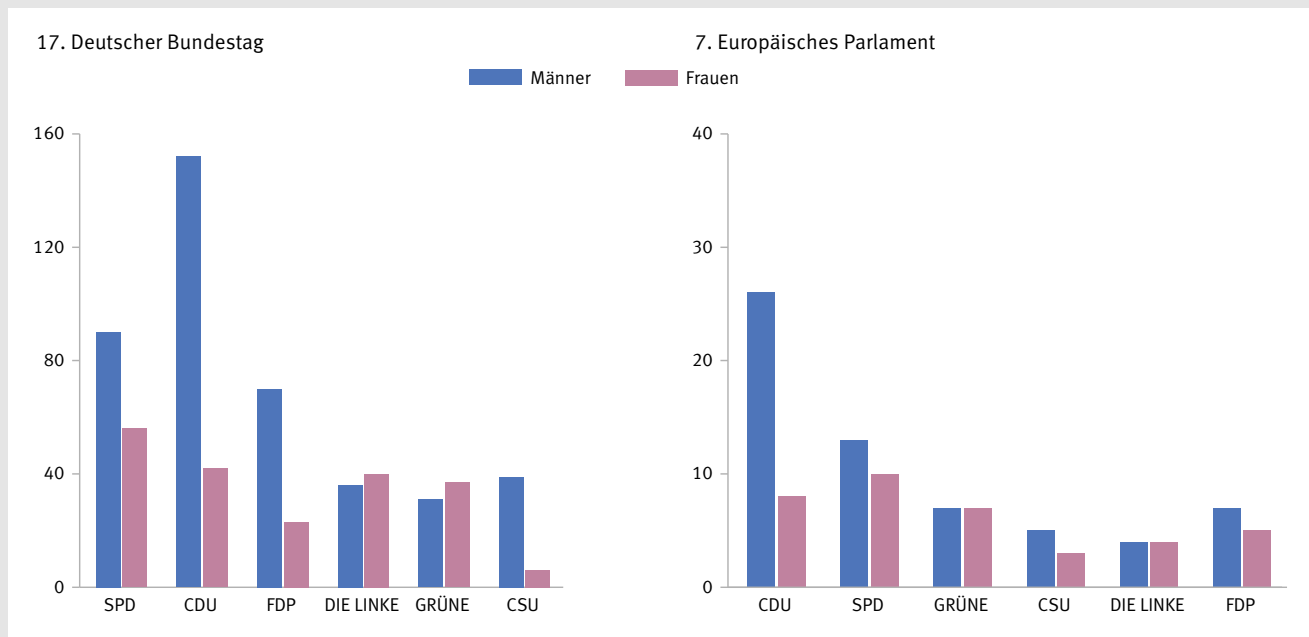
Erster Überblick	99
Kennzahlen nach Ländern	
Methodische Erläuterungen	100
Definitionen	101
Tabellen	
Europawahl	102
Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland, Wahlbeteiligung und Stimmabgabe	
Wahlen zum Deutschen Bundestag	104
Wahlbeteiligung und Stimmabgabe, Wahlberechtigte, Wähler/-innen und Stimmabgabe, Sitzverteilung	
Landtagswahlen	109
Wahlberechtigte, abgegebene Stimmen, Sitzverteilung in den Länderparlamenten	
Sonstige Angaben	110
Parteizugehörigkeit der Mitglieder der Bundesregierung und Länderregierungen, Stimmzahl der Länder im Bundesrat, Tätigkeit des Deutschen Bundestages und des Bundesrates, Rechtsvorschriften des Bundes	
Publikationen und Auskünfte	112

4 Wahlen Kennzahlen 2009 nach Ländern

Land	Wahl zum 17. Deutschen Bundestag am 27.9.2009								Sitze
	Wahlberechtigte	Wahlbeteiligung	Gültige Stimmen					GRÜNE	
			insgesamt	SPD	CDU, in Bayern CSU	FDP	DIE LINKE		
	1 000	%	1 000	%					
Deutschland	62 168	70,8	43 371	23,0	33,8	14,6	11,9	10,7	622 ¹⁾
Baden-Württemberg	7 634	72,4	5 442	19,3	34,4	18,8	7,2	13,9	84
Bayern	9 383	71,6	6 652	16,8	42,5	14,7	6,5	10,8	91
Berlin	2 472	70,9	1 723	20,2	22,8	11,5	20,2	17,4	23
Brandenburg	2 129	67,0	1 388	25,1	23,6	9,3	28,5	6,1	19
Bremen	488	70,3	339	30,2	23,9	10,6	14,3	15,4	6
Hamburg	1 257	71,3	886	27,4	27,8	13,2	11,2	15,6	13
Hessen	4 399	73,8	3 178	25,6	32,2	16,6	8,5	12,0	45
Mecklenburg-Vorpommern	1 400	63,0	867	16,6	33,1	9,8	29,0	5,5	14
Niedersachsen	6 112	73,3	4 433	29,3	33,2	13,3	8,6	10,7	62
Nordrhein-Westfalen	13 288	71,4	9 389	28,5	33,1	14,9	8,4	10,1	129
Rheinland-Pfalz	3 104	72,0	2 193	23,8	35,0	16,6	9,4	9,7	32
Saarland	809	73,7	585	24,7	30,7	11,9	21,2	6,8	10
Sachsen	3 518	65,0	2 252	14,6	35,6	13,3	24,5	6,7	35
Sachsen-Anhalt	2 029	60,5	1 203	16,9	30,1	10,3	32,4	5,1	17
Schleswig-Holstein	2 235	73,6	1 610	26,8	32,2	16,3	7,9	12,7	24
Thüringen	1 914	65,2	1 232	17,6	31,2	9,8	28,8	6,0	18

¹⁾ Einschl. 21 Überhangmandaten für die CDU sowie 3 für die CSU.

Abgeordnete nach Geschlecht und Parteien



2011 - 01 - 0348

Nach dem Wahlstatistikgesetz vom 21.5.1999 (BGBl. I S. 1023), geändert durch Gesetz vom 17.1.2002 (BGBl. I S. 412), sind für **Europa- und Bundestagswahlen** allgemeine und repräsentative Wahlstatistiken zu erstellen.

Die **allgemeine Wahlstatistik** dient der Information der Öffentlichkeit über das Wahlergebnis und erfasst alle Wahlberechtigten und Wähler, ungültige Stimmen sowie die Stimmabgabe für die einzelnen Wahlvorschläge in regionaler Gliederung durch eine Vollerhebung. Als Grundlage dienen die Wählerverzeichnisse und die abgegebenen Stimmzettel. Nach der Feststellung durch die Wahlvorstände und Wahlausschüsse wird die Statistik in Form des vorläufigen amtlichen Endergebnisses in der Wahlnacht sowie als endgültiges amtliches Endergebnis etwa zwei bis drei Wochen nach dem Wahltag bekannt gegeben. Auf Bundes- und Landesebene ist zeitliche und räumliche Vergleichbarkeit gegeben. Die Ergebnisse werden durch die repräsentative Wahlstatistik ergänzt.

Mit der **repräsentativen Wahlstatistik** lassen sich bei Bundestags- und Europawahlen das Wahlverhalten von Männern und Frauen, altersspezifische Unterschiede sowie die Struktur der Wähler/-innen und Nichtwähler/-innen analysieren. Die Auswahl der Stichprobenwahlbezirke erfolgt nach dem Zufallsprinzip durch den Bundeswahlleiter im Einvernehmen mit den Landeswahlleitern und den Statistischen Ämtern der Länder unter strikter Wahrung des Wahlheimnisses. Erfasst wird, auf der Grundlage von

Stimmzetteln mit Unterscheidungsaufdruck, die Geschlechts- und Altersgliederung der Wahlberechtigten und Wähler/-innen. Die gewonnene Stichprobe ist repräsentativ für die Länder und damit zugleich für die ganze Bundesrepublik Deutschland. Erste Ergebnisse für das Bundesgebiet liegen einen Monat nach der Wahl vor und für die Landesebene vier bis sechs Monate. Vor der Neuregelung durch das Wahlstatistikgesetz wurde die repräsentative Wahlstatistik für Bundestagswahlen seit 1953 nach dem Bundeswahlgesetz und für die Europawahlen seit 1979 nach dem Europawahlgesetz durchgeführt. Für die Bundestagswahlen 1994 und 1998 hatte der Gesetzgeber die repräsentative Wahlstatistik ausgesetzt. Zeitliche und räumliche Vergleichbarkeit ist – bis auf die Bundestagswahlen 1994 und 1998 – gegeben.

Detaillierte Informationen zur Methodik der einzelnen Statistiken haben wir in unseren »Qualitätsberichten« dokumentiert. Sie sind über unsere Internetadresse www.destatis.de unter »Publikationen« abrufbar.

HINWEIS:

Die Reihenfolge der Parteien in den nachfolgenden Tabellen orientiert sich für die Bundestagswahlen an dem Ergebnis der Zweitstimmen der Bundestagswahl 2005 und für die Europawahlen an dem Ergebnis der Europawahl 2004.

Das **Europäische Parlament** ist die gemeinsame parlamentarische Vertretung der Europäischen Union (EU) und damit die demokratische Vertretung von rund 500 Millionen Menschen. Das Europäische Parlament ist gewissermaßen die Bürgerkammer der EU, neben dem Ministerrat als Staatenkammer. 1979 wurden die Abgeordneten des Europäischen Parlaments erstmals direkt gewählt.

Der **Deutsche Bundestag** ist das Parlament der Bundesrepublik Deutschland mit Sitz in Berlin. Er ist das zentrale Verfassungsorgan im politischen System Deutschlands und hat eine Vielzahl von Funktionen. An erster Stelle steht die die Gesetzgebungsfunktion, das heißt, der Bundestag schafft das Bundesrecht und ändert die Verfassung. Hierbei bedarf es in gesetzlich bestimmten Fällen der Mitwirkung des Bundesrates, der jedoch keine zweite Parlamentskammer ist. Auch entscheidet der Bundestag über die Zustimmung zu internationalen Verträgen mit anderen Staaten und Organisationen und beschließt den Bundeshaushalt. Im Rahmen seiner Kreationfunktion wählt er etwa den Bundeskanzler und wirkt bei der Wahl des Bundespräsidenten, der Bundesrichter und anderer wichtiger Bundesorgane mit. Der Bundestag übt die parlamentarische Kontrolle gegenüber der Regierung und der Exekutive des Bundes aus und kontrolliert den Einsatz der Bundeswehr.

Durch den **Bundesrat** wirken die Länder an der Gesetzgebung des Bundes mit. Die Stimmenzahl der Länder im Bundesrat ist nach der Einwohnerzahl gestaffelt. Die Stimmen eines Landes können nur einheitlich abgegeben werden.

Die **Landtage** sind die Volksvertretungen der einzelnen Bundesländer Deutschlands. Ihre Zusammensetzung wird in **Landtagswahlen** festgelegt. Je nach Bundesland dauert die Legislaturperiode vier bzw. fünf Jahre. Die Stadtstaaten verwenden eigene Bezeichnungen: Abgeordnetenhaus (Berlin) und Bürgerschaft (Bremen und Hamburg). Hauptaufgaben der Landesparlamente sind die Kontrolle der Landesregierung, der Erlass von Gesetzen sowie die Gestaltung und Freigabe des Landeshaushaltes.

Wahl zum Europäischen Parlament

Die siebte Direktwahl der insgesamt 736 Abgeordneten zum Europäischen Parlament fand in den 27 Mitgliedstaaten der EU vom 4. bis 7.6.2009 statt. Wahltag in der Bundesrepublik Deutschland (Gebietsstand seit dem 3.10.1990) war der 7.6.2009. Die Wahlperiode dauert fünf Jahre.

Für die Europawahl galten in allen Mitgliedstaaten **grundlegende gemeinsame Vorschriften des Europarechts**: Artikel 189 und 190 des Vertrages über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft (EG-Vertrag) vom 25.3.1957 (BGBl. II S. 766, 1678; 1958 II S. 64), zuletzt geändert durch den Beitrittsvertrag vom 25.4.2005 (BGBl. 2006 II S. 1146, 2007 II S. 127), der Direktwahlakt in der Fassung vom 20.9.1976 (BGBl. 1977 II S. 733/734), zuletzt geändert durch Beschluss des Rates vom 25.6.2002 und 23.9.2002 (BGBl. 2003 II S. 810, 2004 II S. 520), sowie die Richtlinie 93/109/EG des Rates vom 6.12.1993 (ABl. L 320 vom 30.12.1993, S. 34-38) zur Ausübung des aktiven und passiven Wahlrechts für Unionsbürger. Vorbehaltlich dieser Regelungen bestimmt sich das **Wahlrecht** in jedem Mitgliedstaat nach den **innerstaatlichen Bestimmungen**. In der Bundesrepublik Deutschland waren das Europawahlgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 8.3.1994 (BGBl. I S. 423, 555, 852), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 17.3.2008 (BGBl. I S. 394), mit weitgehenden Verweisungen auf das Bundeswahlgesetz und die Europawahlordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 2.5.1994 (BGBl. I S. 957), zuletzt geändert durch Verordnung vom 3.12.2008 (BGBl. I S. 2378), maßgebend.

Zu wählen waren **99 Abgeordnete** aus der Bundesrepublik Deutschland. Wählbar waren sowohl Deutsche als auch unter bestimmten Voraussetzungen Bürger/-innen der anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union mit Wohnsitz in Deutschland.

Wahlberechtigt waren alle Deutschen, die am Wahltag das 18. Lebensjahr vollendet hatten, seit mindestens drei Monaten im Bundesgebiet oder in den übrigen Mitgliedstaaten der Europäischen Union eine Wohnung inne hatten oder sich sonst gewöhnlich dort aufhielten und nicht vom Wahlrecht ausgeschlossen waren. Wahlberechtigt waren unter bestimmten Voraussetzungen auch Deutsche, die außerhalb der Mitgliedstaaten der Europäischen Union lebten. Auch Bürger/-innen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union konnten unter bestimmten Voraussetzungen an der Wahl in ihrem Wohnsitzland Deutschland teilnehmen. Jede(r) Wähler/-in hatte eine Stimme.

Die Wahl erfolgte nach den Grundsätzen der **Verhältnisswahl** mit Listenwahlvorschlägen, die für ein Bundesland oder als gemeinsame Liste für alle Bundesländer aufgestellt werden konnten. Von den insgesamt 32 zur Wahl zugelassenen Parteien und sonstigen politischen Vereinigungen haben 2 mit einer Liste oder mehreren Listen für ein Land und 30 mit einer gemeinsamen Liste für alle Länder an der Wahl teilgenommen.

Bei der Verteilung der Sitze wurden nur Wahlvorschläge berücksichtigt, die mindestens 5 % der im Wahlgebiet abgegebenen gültigen Stimmen bekommen haben. Zunächst wurden die für jeden Wahlvorschlag abgegebenen Stimmen zusammengezählt. Listen desselben Wahlvorschlagsberechtigten für einzelne Länder galten dabei als verbunden und wurden bei der Sitzverteilung im Verhältnis zu den übrigen Wahlvorschlägen als ein Wahlvorschlag behandelt, sofern der Wahlvorschlagsberechtigte die Listenverbindung nicht ausdrücklich ausschließen wollte. Die zu vergebenden Mandate wurden erstmals nach dem Berechnungsverfahren Sainte-Laguë/Schepers zugeteilt. Hierzu werden die Stimmenanzahlen der einzelnen Parteien durch einen gemeinsamen Zuteilungsdivisor geteilt. Der Divisor wird dabei im Wege des sogenannten iterativen Verfahrens so bestimmt, dass die Summe der Sitzzahlen mit der Gesamtzahl der zu vergebenden Mandate übereinstimmt. Jede Partei erhält so viele Sitze, wie nach Standardrundung der sich ergebenden Quotienten auf sie entfallen.

Wahl zum Deutschen Bundestag

Der Deutsche Bundestag wird für vier Jahre gewählt (Wahlperiode), zuletzt am 27.9.2009. **Wahlberechtigt** und **wählbar** waren nur Deutsche. Unter bestimmten Voraussetzungen sind auch Deutsche wahlberechtigt, die im Ausland wohnen. Das Wahl- und Wählbarkeitsalter liegt seit dem 1.1.1975 einheitlich bei 18 Lebensjahren. Bis zur 6. Bundestagswahl 1969 war wahlberechtigt, wer das 21. Lebensjahr, wählbar, wer das 25. Lebensjahr vollendet hatte. Zur 7. Bundestagswahl 1972 waren diese Altersgrenzen auf das vollendete 18. bzw. 21. Lebensjahr herabgesetzt worden. Einzelheiten der Wahl, darunter auch die Nachfolge von verstorbenen Abgeordneten oder von Abgeordneten, die ihr Mandat niedergelegt haben, regeln das **Bundeswahlgesetz** in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.7.1993 (BGBl. I S. 1288, 1594), zuletzt geändert durch Bekanntmachung vom 5.8.2009 (BGBl. I S. 2687), und die Bundeswahlordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 19.4.2002 (BGBl. I S. 1376), zuletzt geändert durch Verordnung vom 3.12.2005 (BGBl. I S. 2378).

Die Wahl erfolgt nach den Grundsätzen einer mit der Personenwahl verbundenen **Verhältnisswahl**. Seit 1953 hat jede(r) Wähler/-in zwei Stimmen; mit der **Erststimme** wählt sie (er) nach den Grundsätzen der (relativen) Mehrheitswahl eine(n) Kandidaten/Kandidatin im Wahlkreis, die **Zweitstimme** gibt sie (er) der Landesliste einer Partei.

Das erste Bundeswahlgesetz sah mindestens 400 **Abgeordnete** in einem ungefähren Sitzverhältnis von 60 Wahlkreissitzen zu 40 Landeslistensitzen vor. Zur Wahl des 2. Bundestages wurde die Abgeordnetenzahl auf mindestens 484 erhöht und festgelegt, dass die eine Hälfte der Abgeordneten in Wahlkreisen und die andere Hälfte aus Landeslisten gewählt werden. Anlässlich der Rückgliederung des Saarlandes erhöhte sich die Zahl der Abgeordneten für die Bundestagswahl 1957 auf 494. Seit der Bundestagswahl 1965 betrug die gesetzliche Zahl der Abgeordneten 496 bei 248 **Wahlkreisen**. Nach dem Beitritt der ehem. DDR zur Bundesrepublik Deutschland am 3.10.1990 erhöhte sich die Zahl der Wahlkreise zur Bundestagswahl 1990 auf insgesamt 328 und die gesetzliche Zahl der Abgeordneten auf 656. Das Dreizehnte Gesetz zur Änderung des Bundeswahlgesetzes vom 15.11.1996 (BGBl. I S. 1712) legte für die Zeit ab der Bundestagswahl 2002 die Abgeordnetenzahl auf 598 fest und verringerte entsprechend die Zahl der Wahlkreise auf 299.

Durch das Bundeswahlgesetz wird die Verbindung von Landeslisten derselben Partei für zulässig erklärt. Von der Verbindung von Landeslisten haben immer alle in die **Sitzverteilung** gekommenen Parteien Gebrauch gemacht. Für die Sitzverteilung sind dadurch zunächst die Mandate zu berechnen, die einer Partei aufgrund der Zweitstimmen zustehen, die für sie im gesamten Wahlgebiet abgegeben wurden. In einem zweiten Berechnungsverfahren werden diese Mandate sodann nach Maßgabe der für die einzelnen Landeslisten abgegebenen Zweitstimmen auf die Länder weiter verteilt. Seit der Bundestagswahl 2009 wird auch hier das Verfahren nach Sainte-Laguë/Schepers eingesetzt. Zuvor galt bis zur Bundestagswahl 1983 das Sitzverteilungsverfahren nach d'Hondt (Höchstzahlverfahren), das ab der Bundestagswahl 1987 bis 2005 durch das Verhältnis der mathematischen Proportionen nach Hare/Niemeyer ersetzt wurde. Von der so für jedes Land ermittelten Abgeordnetenzahl einer Partei wird die Zahl der von ihr im Lande direkt errungenen Wahlkreissitze abgezogen. Ist die Zahl der gewonnenen Wahlkreissitze größer, verbleiben sie der betreffenden Partei. In einem solchen Fall erhöht sich die gesetzlich festgelegte Mindestzahl der Sitze im Bundestag um die Unterschiedszahl (**Überhangmandate**). Bei der Bundestagswahl 2009 gab es insgesamt 24 Überhangmandate, wobei auf die CDU 21 (davon zehn in Baden-Württemberg, vier in Sachsen, je zwei in Mecklenburg-Vorpommern und in Rheinland-Pfalz sowie je eins in Schleswig-Holstein, Thüringen und im Saarland) und drei auf die CSU in Bayern entfielen. Durch die »**Sperrklausel**« sind bei der Wahl zum Bundestag für eine Partei mindestens 5 % der im Bundesgebiet abgegebenen Stimmen oder mindestens drei Wahlkreissiege erforderlich, um bei der Sitzverteilung berücksichtigt zu werden.

4 Wahlen
 4.1 Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland 2009 *)
 4.1.1 Wahlberechtigte, Wähler/-innen und Stimmabgabe

Gegenstand der Nachweisung	Deutschland		Baden-Württemberg		Bayern		Berlin		Brandenburg		Bremen	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Wahlberechtigte	62 222 873	X	7 635 842	X	9 386 096	X	2 473 787	X	2 127 871	X	488 095	X
dar. mit Wahlschein . . .	5 440 154	8,7	679 388	8,9	1 226 690	13,1	239 080	9,7	85 769	4,0	34 982	7,2
Wähler/-innen ¹⁾	26 923 614	43,3	3 968 608	52,0	3 974 578	42,3	869 339	35,1	635 720	29,9	189 640	38,9
dar. Briefwähler/-innen .	4 953 139	18,4	590 881	14,9	1 146 907	28,9	215 012	24,7	78 966	12,4	31 314	16,5
Stimmen gültig	26 333 444	97,8	3 819 525	96,2	3 946 604	99,3	858 350	98,7	626 316	98,5	187 648	98,9
ungültig	590 170	2,2	149 083	3,8	27 974	0,7	10 989	1,3	9 404	1,5	1 992	1,1
Von den gültigen Stimmen entfallen auf:												
CDU	8 071 391	30,7	1 478 135	38,7	–	–	208 395	24,3	140 616	22,5	45 886	24,5
SPD	5 472 566	20,8	689 812	18,1	507 527	12,9	161 635	18,8	142 615	22,8	55 064	29,3
GRÜNE	3 194 509	12,1	572 267	15,0	455 032	11,5	202 437	23,6	52 889	8,4	41 476	22,1
CSU	1 896 762	7,2	–	–	1 896 762	48,1	–	–	–	–	–	–
DIE LINKE	1 969 239	7,5	114 105	3,0	91 733	2,3	126 442	14,7	162 687	26,0	13 468	7,2
FDP	2 888 084	11,0	537 100	14,1	356 506	9,0	74 522	8,7	46 367	7,4	16 721	8,9
Sonstige	2 840 893	10,8	428 106	11,2	639 044	16,2	84 919	9,9	81 142	13,0	15 033	8,0

Gegenstand der Nachweisung	Hamburg		Hessen		Mecklenburg-Vorpommern		Niedersachsen		Nordrhein-Westfalen		Rheinland-Pfalz	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Wahlberechtigte	1 256 701	X	4 402 792	X	1 403 333	X	6 112 225	X	13 308 501	X	3 104 297	X
dar. mit Wahlschein . . .	127 834	10,2	301 227	6,8	90 537	6,5	330 133	5,4	1 111 374	8,4	554 366	17,9
Wähler/-innen ¹⁾	436 266	34,7	1 669 822	37,9	653 283	46,6	2 477 550	40,5	5 561 960	41,8	1 726 377	55,6
dar. Briefwähler/-innen .	114 786	26,3	278 430	16,7	81 694	12,5	305 102	12,3	1 014 838	18,2	498 996	28,9
Stimmen gültig	432 633	99,2	1 639 087	98,2	623 003	95,4	2 453 238	99,0	5 504 000	99,0	1 657 035	96,0
ungültig	3 633	0,8	30 735	1,8	30 280	4,6	24 312	1,0	57 960	1,0	69 342	4,0
Von den gültigen Stimmen entfallen auf:												
CDU	128 443	29,7	596 878	36,4	201 447	32,3	962 510	39,2	2 091 945	38,0	660 252	39,8
SPD	109 766	25,4	400 623	24,4	104 231	16,7	668 545	27,3	1 410 141	25,6	426 272	25,7
GRÜNE	88 823	20,5	246 535	15,0	34 450	5,5	305 758	12,5	688 272	12,5	157 966	9,5
CSU	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
DIE LINKE	29 181	6,7	63 407	3,9	146 305	23,5	97 328	4,0	252 475	4,6	57 455	3,5
FDP	48 225	11,1	207 253	12,6	47 170	7,6	251 167	10,2	678 273	12,3	184 838	11,2
Sonstige	28 195	6,5	124 391	7,6	89 400	14,3	167 930	6,8	382 894	7,0	170 252	10,3

Gegenstand der Nachweisung	Saarland		Sachsen		Sachsen-Anhalt		Schleswig-Holstein		Thüringen	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Wahlberechtigte	809 356	X	3 526 777	X	2 035 415	X	2 233 570	X	1 918 215	X
dar. mit Wahlschein . . .	89 670	11,1	233 778	6,6	97 098	4,8	108 551	4,9	129 677	6,8
Wähler/-innen ¹⁾	474 318	58,6	1 677 354	47,6	769 490	37,8	822 149	36,8	1 017 160	53,0
dar. Briefwähler/-innen .	81 194	17,1	213 881	12,8	86 927	11,3	96 227	11,7	117 984	11,6
Stimmen gültig	453 448	95,6	1 605 556	95,7	734 073	95,4	813 276	98,9	979 652	96,3
ungültig	20 870	4,4	71 798	4,3	35 417	4,6	8 873	1,1	37 508	3,7
Von den gültigen Stimmen entfallen auf:										
CDU	162 696	35,9	567 231	35,3	213 731	29,1	308 368	37,9	304 858	31,1
SPD	120 676	26,6	188 503	11,7	132 868	18,1	200 370	24,6	153 918	15,7
GRÜNE	34 860	7,7	107 621	6,7	39 882	5,4	109 768	13,5	56 473	5,8
CSU	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
DIE LINKE	54 570	12,0	321 988	20,1	173 385	23,6	31 715	3,9	232 995	23,8
FDP	36 536	8,1	157 530	9,8	62 900	8,6	102 891	12,7	80 085	8,2
Sonstige	44 110	9,7	262 683	16,4	111 307	15,2	60 164	7,4	151 323	15,4

4.1.2 Sitze

Land	Insgesamt	CDU	SPD	GRÜNE	CSU	DIE LINKE	FDP
Deutschland	99	34	23	14	8	8	12

*) Die Ergebnisse der Wahlen 1979, 1984, 1989 wurden zuletzt in der Ausgabe 1993, die Ergebnisse der Wahl 1994 in der Ausgabe 1998, die Ergebnisse der Wahl 1999 in der Ausgabe 2003 und die Ergebnisse der Wahl 2004 in der Ausgabe 2008 dieses Jahrbuchs veröffentlicht.

¹⁾ Die Angaben in Prozent stehen für die Wahlbeteiligung.

4 Wahlen
 4.2 Wahlbeteiligung und Stimmabgabe der Männer und Frauen bei den Europawahlen *)
 4.2.1 Wahlberechtigte und Wähler/-innen

Alter von ... bis unter ... Jahren	Wahl	Wahlberechtigte ¹⁾			Wähler/-innen ¹⁾					
		insgesamt	Männer	Frauen	insgesamt	Männer	Frauen	insgesamt	Männer	Frauen
		1 000			je 100 Wahlberechtigte ²⁾					
18 – 21	2009	2 054	1 053	1 002	643	332	310	35,2	35,1	35,2
	2004	2 033	1 042	991	659	345	314	35,0	35,4	34,6
21 – 25	2009	3 316	1 686	1 630	850	445	405	30,1	30,6	29,7
	2004	3 267	1 661	1 607	872	456	416	30,5	30,8	30,1
25 – 30	2009	4 066	2 064	2 002	1 059	539	520	30,7	30,4	30,9
	2004	3 750	1 905	1 845	1 058	539	519	32,4	32,2	32,7
30 – 35	2009	3 691	1 876	1 815	1 109	558	551	34,6	34,1	35,0
	2004	4 120	2 090	2 030	1 328	666	662	36,3	35,8	36,9
35 – 40	2009	4 157	2 106	2 051	1 431	710	721	38,7	38,0	39,5
	2004	5 754	2 926	2 828	2 042	1 021	1 021	39,2	38,6	39,8
40 – 45	2009	5 727	2 901	2 827	2 146	1 075	1 071	41,7	41,2	42,3
	2004	6 139	3 114	3 026	2 298	1 146	1 152	40,8	40,1	41,4
45 – 50	2009	5 998	3 033	2 964	2 356	1 175	1 181	43,7	42,9	44,4
	2004	5 363	2 696	2 667	2 110	1 045	1 066	43,0	42,3	43,8
50 – 60	2009	9 670	4 830	4 840	3 993	1 997	1 996	46,4	46,2	46,7
	2004	8 547	4 270	4 276	3 569	1 777	1 792	46,2	45,8	46,6
60 und mehr	2009	18 104	7 849	10 255	8 342	3 890	4 452	52,5	55,6	50,2
	2004	18 164	7 714	10 450	8 452	3 836	4 616	51,9	54,8	49,9
Insgesamt	2009	56 783	27 398	29 384	21 927	10 721	11 206	44,0	44,2	43,8
	2004	57 137	27 418	29 720	22 388	10 831	11 556	43,7	43,7	43,6

4.2.2 Stimmabgabe

Alter von ... bis unter ... Jahren	Wahl	Stimmen ³⁾			Von 100 gültigen Stimmen ³⁾													
		insgesamt	un-gültig	gültig	der Wähler/-innen vorstehenden Alters entfallen auf						für die einzelnen Wahlvorschläge entfallen auf Wähler/-innen vorstehenden Alters							
		1 000			CDU	SPD	GRÜNE	CSU	DIE LINKE ⁴⁾	FDP	Sonstige	CDU	SPD	GRÜNE	CSU	DIE LINKE ⁴⁾	FDP	Sonstige
Männer																		
18 – 25	2009	904	14	890	23,6	20,5	13,4	5,3	6,3	13,0	17,8	4,4	6,5	9,2	4,4	5,9	6,4	8,7
	2004	906	17	889	30,6	18,1	16,5	6,5	5,6	9,7	13,0	6,1	6,1	10,7	5,8	6,1	10,3	9,5
25 – 35	2009	1 310	18	1 292	24,8	16,6	14,5	6,0	6,2	16,5	15,5	7,4	8,6	13,3	7,7	7,7	11,7	12,0
	2004	1 410	26	1 384	33,0	15,5	17,2	7,5	4,8	10,0	12,0	10,2	8,2	17,3	10,3	8,1	16,7	13,8
35 – 45	2009	2 094	34	2 060	25,6	17,3	16,1	6,0	7,0	15,1	12,9	12,6	13,5	23,8	11,1	12,8	17,6	18,5
	2004	2 469	55	2 413	32,0	18,6	17,6	7,1	5,6	7,2	11,8	17,3	17,0	30,9	17,2	16,6	20,9	23,6
45 – 60	2009	3 780	80	3 700	25,1	20,7	14,1	6,0	10,6	12,4	11,1	23,5	26,7	36,4	22,9	34,3	29,8	29,8
	2004	3 268	96	3 172	34,1	22,0	12,7	7,3	7,7	6,3	9,9	24,1	26,5	29,3	23,0	30,1	24,1	26,0
60 und mehr	2009	4 933	147	4 787	36,2	23,5	4,7	9,3	9,1	9,3	8,0	52,1	44,8	17,3	53,9	39,3	34,5	31,1
	2004	4 644	161	4 483	42,3	24,7	3,6	9,7	7,1	5,2	7,3	42,4	42,1	11,8	43,6	39,1	27,9	27,1
Zusammen	2009	13 022	292	12 729	29,2	20,8	10,9	7,2	8,7	12,1	11,1	100	100	100	100	100	100	100
	2004	12 697	355	12 342	36,3	21,3	11,1	8,1	6,6	6,7	9,8	100	100	100	100	100	100	100
Frauen																		
18 – 25	2009	858	13	846	22,7	21,6	19,7	5,1	6,0	10,2	14,6	5,0	6,7	9,0	4,8	5,5	7,0	9,9
	2004	846	16	830	28,8	19,5	19,9	6,1	5,4	7,4	12,9	4,8	5,5	9,7	4,7	5,8	8,4	8,0
25 – 35	2009	1 291	18	1 273	25,2	19,0	18,8	6,0	5,2	12,4	13,4	7,9	8,3	13,4	8,1	7,4	12,8	13,0
	2004	1 395	24	1 371	31,5	17,1	19,8	6,8	4,4	7,4	13,0	8,7	8,0	16,0	8,8	7,9	13,8	13,3
35 – 45	2009	2 109	31	2 078	26,5	18,4	20,7	5,2	5,3	11,3	12,6	13,3	13,5	23,8	12,2	12,9	18,9	18,6
	2004	2 495	54	2 441	30,0	18,4	21,8	6,3	5,3	5,5	12,7	14,9	15,4	31,3	14,4	17,1	18,2	23,1
45 – 60	2009	3 854	73	3 781	27,0	20,0	17,4	6,0	7,8	10,6	11,2	24,2	27,8	37,0	23,5	35,0	29,8	29,3
	2004	3 363	87	3 276	33,9	21,3	14,9	7,2	6,6	5,6	10,4	22,5	23,9	28,7	22,2	28,3	25,2	25,4
60 und mehr	2009	5 789	163	5 626	40,3	22,5	5,6	9,4	6,0	8,2	7,9	49,6	43,7	16,9	51,4	39,3	31,5	29,1
	2004	5 728	190	5 537	43,7	24,8	4,4	9,6	5,6	4,6	7,3	49,0	47,1	14,4	49,9	41,0	34,4	30,2
Zusammen	2009	13 902	298	13 604	32,0	20,8	13,3	7,2	6,3	9,9	10,5	100	100	100	100	100	100	100
	2004	13 826	371	13 455	36,7	21,7	12,7	7,9	5,7	5,5	9,9	100	100	100	100	100	100	100
Insgesamt																		
18 – 25	2009	1 762	27	1 736	23,2	21,0	16,5	5,2	6,2	11,6	16,2	5,7	6,9	8,6	5,2	5,1	7,5	11,2
	2004	1 752	33	1 719	29,7	18,8	18,2	6,3	5,5	8,6	12,9	5,4	5,8	10,1	5,3	6,0	9,4	8,7
25 – 35	2009	2 602	36	2 566	25,0	17,8	16,6	6,0	5,7	14,4	14,4	8,6	8,1	13,5	8,5	7,2	13,8	14,1
	2004	2 805	50	2 755	32,2	16,3	18,5	7,2	4,6	8,7	12,5	9,4	8,1	16,6	9,6	8,0	15,3	13,5
35 – 45	2009	4 203	65	4 138	26,0	17,9	18,4	5,6	6,1	13,2	12,8	14,2	13,5	23,9	13,4	13,0	20,1	18,8
	2004	4 963	109	4 854	31,0	18,5	19,7	6,7	5,5	6,3	12,2	16,0	16,2	31,1	15,7	16,8	19,6	23,3
45 – 60	2009	7 634	153	7 481	26,1	20,3	15,8	6,0	9,2	11,5	11,1	25,0	28,9	37,7	24,2	35,5	29,8	28,9
	2004	6 632	183	6 448	34,0	21,6	13,8	7,2	7,1	6,0	10,2	23,3	25,2	29,0	22,6	29,2	24,6	25,7
60 und mehr	2009	10 722	309	10 413	38,4	23,0	5,2	9,4	7,4	8,7	7,9	46,5	42,5	16,3	48,6	39,2	28,8	27,0
	2004	10 371	351	10 020	43,1	24,8	4,1	9,7	6,3	4,8	7,3	45,8	44,7	13,2	46,9	40,0	31,0	28,7
Insgesamt	2009	26 924	590	26 333	30,7	20,8	12,1	7,2	7,5	11,0	10,8	100	100	100	100	100	100	100
	2004	26 523	726	25 797	36,5	21,5	11,9	8,0	6,1	6,1	9,9	100	100	100	100	100	100	100

*) Ergebnisse der Repräsentativstatistiken. Stichprobenumfang 2009: 2 832 Wahlbezirke; 2004: 2 405 Wahlbezirke oder 3,6 % für die Feststellung der Wahlbeteiligung und 2 906 oder 3,8 % für die Feststellung der Stimmabgabe. – Die Ergebnisse der Europawahl 1979 wurden zuletzt in der Ausgabe 1988, die der Europawahl 1984 in der Ausgabe 1994, die der Europawahl 1989 in der Ausgabe 1998, die der Europawahl 1994 in der Ausgabe 2004 und die der Europawahl 2004 in der

Ausgabe 2009 dieses Jahrbuchs veröffentlicht.
 1) Ohne Personen mit Wahlschein.
 2) Wahlbeteiligung.
 3) Ohne Stimmen der Briefwähler/-innen.
 4) Bis 16.7.2005 PDS.

4 Wahlen
 4.3 Wahlen zum Deutschen Bundestag
 4.3.1 Wahl zum 14. Deutschen Bundestag *)

Land	Einheit	Wahlberechtigte		Wähler/-innen		Zweitstimmen		Von den gültigen Zweitstimmen entfielen auf					
		insgesamt	dar. mit Wahlschein	insgesamt ¹⁾	dar. Briefwähler/-innen	gültig	ungültig	SPD	CDU bzw. CSU	F.D.P.	PDS	GRÜNE	Sonstige
Baden-Württemberg	1 000	7 256,9	1 006,9	6 032,6	960,6	5 945,4	87,2	2 118,4	2 245,9	524,5	58,0	549,6	448,9
	%	X	13,8	83,1	15,9	X	1,4	35,6	37,8	8,8	1,0	9,2	7,6
Bayern	1 000	8 875,3	1 498,1	7 026,8	1 430,4	6 974,5	52,3	2 401,0	3 324,5	354,6	46,3	413,9	434,1
	%	X	16,9	79,2	20,4	X	0,7	34,4	47,7	5,1	0,7	5,9	6,2
Berlin	1 000	2 442,9	402,0	1 980,5	385,3	1 958,0	22,6	740,9	463,4	95,4	263,3	221,8	173,0
	%	X	16,5	81,1	19,5	X	1,1	37,8	23,7	4,9	13,4	11,3	8,8
Brandenburg	1 000	2 032,3	140,3	1 587,2	129,7	1 542,0	45,2	670,7	320,4	43,9	313,1	55,9	137,9
	%	X	6,9	78,1	8,2	X	2,8	43,5	20,8	2,8	20,3	3,6	8,9
Bremen	1 000	494,8	68,3	406,1	63,0	401,5	4,6	201,5	102,1	23,8	9,8	45,3	18,9
	%	X	13,8	82,1	15,5	X	1,1	50,2	25,4	5,9	2,4	11,3	4,7
Hamburg	1 000	1 213,8	252,2	984,6	240,0	973,4	11,3	445,3	291,8	62,8	22,6	104,7	46,2
	%	X	20,8	81,1	24,4	X	1,1	45,7	30,0	6,5	2,3	10,8	4,7
Hessen	1 000	4 297,2	616,3	3 619,9	587,1	3 566,5	53,4	1 481,9	1 238,2	280,0	52,2	293,9	220,3
	%	X	14,3	84,2	16,2	X	1,5	41,6	34,7	7,9	1,5	8,2	6,2
Mecklenburg-Vorpommern	1 000	1 407,7	101,4	1 117,5	93,4	1 089,3	28,2	384,7	318,9	24,3	257,5	32,1	71,7
	%	X	7,2	79,4	8,4	X	2,5	35,3	29,3	2,2	23,6	2,9	6,6
Niedersachsen	1 000	5 954,6	769,8	4 996,4	735,6	4 952,0	44,4	2 446,9	1 690,0	314,5	50,1	292,8	157,7
	%	X	12,9	83,9	14,7	X	0,9	49,4	34,1	6,4	1,0	5,9	3,2
Nordrhein-Westfalen	1 000	13 086,4	2 104,4	10 984,5	1 998,7	10 869,5	114,9	5 097,4	3 669,0	789,7	131,6	745,9	435,9
	%	X	16,1	83,9	18,2	X	1,0	46,9	33,8	7,3	1,2	6,9	4,0
Rheinland-Pfalz	1 000	3 016,0	421,9	2 529,7	403,6	2 491,8	38,0	1 028,9	975,3	177,0	25,1	152,0	133,5
	%	X	14,0	83,9	16,0	X	1,5	41,3	39,1	7,1	1,0	6,1	5,4
Saarland	1 000	828,5	114,9	703,0	109,5	689,3	13,7	361,5	219,5	32,5	7,1	37,8	30,9
	%	X	13,9	84,8	15,6	X	1,9	52,4	31,8	4,7	1,0	5,5	4,5
Sachsen	1 000	3 602,5	330,8	2 941,4	313,2	2 894,4	47,0	842,3	945,2	105,5	577,8	127,0	296,6
	%	X	9,2	81,6	10,6	X	1,6	29,1	32,7	3,6	20,0	4,4	10,2
Sachsen-Anhalt	1 000	2 149,8	168,8	1 657,6	160,5	1 631,2	26,4	620,8	444,3	66,4	337,4	54,5	107,7
	%	X	7,9	77,1	9,7	X	1,6	38,1	27,2	4,1	20,7	3,3	6,6
Schleswig-Holstein	1 000	2 136,0	270,0	1 760,6	250,0	1 736,8	23,8	788,9	620,5	131,6	25,5	112,3	58,0
	%	X	12,6	82,4	14,2	X	1,4	45,4	35,7	7,6	1,5	6,5	3,3
Thüringen	1 000	1 968,0	162,7	1 618,8	155,5	1 593,2	25,6	549,9	460,4	54,2	338,2	62,1	128,3
	%	X	8,3	82,3	9,6	X	1,6	34,5	28,9	3,4	21,2	3,9	8,1
Deutschland	1 000	60 762,8	8 428,7	49 947,1	8 016,1	49 308,5	638,6	20 181,3	17 329,4	3 081,0	2 515,5	3 301,6	2 899,8
	%	X	13,9	82,2	16,0	X	1,3	40,9	35,1 ²⁾	6,2	5,1	6,7	5,9

4.3.2 Wahl zum 15. Deutschen Bundestag **)

Land	Einheit	Wahlberechtigte		Wähler/-innen		Zweitstimmen		Von den gültigen Zweitstimmen entfielen auf					
		insgesamt	dar. mit Wahlschein	insgesamt ¹⁾	dar. Briefwähler/-innen	gültig	ungültig	SPD	CDU bzw. CSU	F.D.P.	PDS	GRÜNE	Sonstige
Baden-Württemberg	1 000	7 418,8	1 075,2	6 017,6	1 027,8	5 939,9	77,7	1 989,5	2 543,8	461,8	56,2	676,3	212,2
	%	X	14,5	81,1	17,1	X	1,3	33,5	42,8	7,8	0,9	11,4	3,6
Bayern	1 000	9 101,5	1 743,0	7 416,2	1 681,3	7 362,6	53,6	1 922,6	4 315,1	332,7	49,5	562,5	180,3
	%	X	19,2	81,5	22,7	X	0,7	26,1	58,6	4,5	0,7	7,6	2,4
Berlin	1 000	2 442,8	466,7	1 896,3	447,5	1 872,1	24,2	685,2	484,0	124,0	212,6	274,0	92,3
	%	X	19,1	77,6	23,6	X	1,3	36,6	25,9	6,6	11,4	14,6	4,9
Brandenburg	1 000	2 101,0	174,2	1 548,0	166,4	1 526,5	21,5	707,9	339,9	88,7	263,2	68,8	58,1
	%	X	8,3	73,7	10,7	X	1,4	46,4	22,3	5,8	17,2	4,5	3,8
Bremen	1 000	484,5	69,1	382,0	61,4	377,6	4,4	183,4	92,8	25,3	8,4	56,6	11,1
	%	X	14,3	78,8	16,1	X	1,1	48,6	24,6	6,7	2,2	15,0	2,9
Hamburg	1 000	1 221,8	257,5	972,4	246,8	963,4	9,0	404,7	270,3	65,6	20,3	156,0	46,5
	%	X	21,1	79,6	25,4	X	0,9	42,0	28,1	6,8	2,1	16,2	4,8
Hessen	1 000	4 344,9	668,2	3 480,3	638,4	3 414,3	66,0	1 355,5	1 266,1	280,9	45,9	366,0	99,9
	%	X	15,4	80,3	18,3	X	1,9	39,7	37,1	8,2	1,3	10,7	2,9
Mecklenburg-Vorpommern	1 000	1 412,0	118,0	996,6	111,4	973,1	23,5	405,4	294,7	52,8	158,8	34,2	27,1
	%	X	8,4	70,6	11,2	X	2,4	41,7	30,3	5,4	16,3	3,5	2,8
Niedersachsen	1 000	6 035,2	787,8	4 886,3	758,3	4 846,2	40,1	2 318,6	1 673,5	343,0	50,4	353,6	107,1
	%	X	13,1	81,0	15,5	X	0,8	47,8	34,5	7,1	1,0	7,3	2,2
Nordrhein-Westfalen	1 000	13 179,1	2 238,0	10 581,4	2 136,5	10 472,6	108,9	4 499,4	3 675,7	978,8	125,4	930,7	262,5
	%	X	17,0	80,3	20,2	X	1,0	43,0	35,1	9,3	1,2	8,9	2,5
Rheinland-Pfalz	1 000	3 051,1	449,4	2 441,5	430,4	2 402,8	38,7	918,7	967,0	223,8	24,1	190,6	78,5
	%	X	14,7	80,0	17,6	X	1,6	38,2	40,2	9,3	1,0	7,9	3,3
Saarland	1 000	821,2	118,3	657,2	113,8	643,0	14,2	295,5	224,8	41,1	9,0	48,6	23,9
	%	X	14,4	80,0	17,3	X	2,2	46,0	35,0	6,4	1,4	7,6	3,7
Sachsen	1 000	3 572,0	342,5	2 632,3	328,3	2 587,1	45,2	861,7	868,2	187,8	418,3	119,5	131,6
	%	X	9,6	73,7	12,5	X	1,7	33,3	33,6	7,3	16,2	4,6	5,1
Sachsen-Anhalt	1 000	2 108,9	181,2	1 451,1	173,5	1 430,6	20,5	618,0	415,5	108,3	206,1	48,6	34,1
	%	X	8,6	68,8	12,0	X	1,4	42,2	29,0	7,6	14,4	3,4	2,4
Schleswig-Holstein	1 000	2 172,8	275,0	1 753,2	257,3	1 735,0	18,3	743,8	625,1	139,4	22,6	162,4	41,6
	%	X	12,7	80,7	14,7	X	1,0	42,9	36,0	8,0	1,3	9,4	2,4
Thüringen	1 000	1 965,4	193,7	1 470,3	186,6	1 449,7	20,6	578,7	426,2	84,9	245,8	61,8	52,3
	%	X	9,9	74,8	12,7	X	1,4	39,9	29,4	5,9	17,0	4,3	3,6
Deutschland	1 000	61 432,9	9 157,8	48 582,8	8 765,8	47 996,5	586,3	18 488,7	18 482,6	3 538,8	1 916,7	4 110,4	1 459,3
	%	X	14,9	79,1	18,0	X	1,2	38,5	38,5 ²⁾	7,4	4,0	8,6	3,0

*) Ergebnis der Wahl 1998. – Die Ergebnisse der Wahlen 1965 bis 1990 wurden zuletzt in der Ausgabe 2005 bzw. das Ergebnis für 1994 in der Ausgabe 2009 dieses Jahrbuchs veröffentlicht.

**) Ergebnis der Wahl 2002.

¹⁾ Die Angaben in Prozent stehen für die Wahlbeteiligung.

²⁾ Davon 1998 CDU: 28,4 %, CSU: 6,7 %; 2002 CDU: 29,5 %, CSU: 9,0 %.

4 Wahlen
 4.3 Wahlen zum Deutschen Bundestag
 4.3.3 Wahl zum 16. Deutschen Bundestag *)

Land	Einheit	Wahlberechtigte		Wähler/-innen		Zweitstimmen		Von den gültigen Zweitstimmen entfielen auf					
		insgesamt	dar. mit Wahlschein	insgesamt ¹⁾	dar. Briefwähler/-innen	gültig	ungültig	SPD	CDU bzw. CSU	FDP	DIE LINKE ²⁾	GRÜNE	Sonstige
Baden-Württemberg	1 000	7 529,2	1 093,6	5 923,9	1 038,7	5 822,4	101,5	1 754,8	2 283,1	693,8	219,1	623,1	248,5
	%	X	14,5	78,7	17,5	X	1,7	30,1	39,2	11,9	3,8	10,7	4,3
Bayern	1 000	9 222,6	1 594,1	7 181,8	1 529,9	7 095,3	86,5	1 806,5	3 494,3	673,8	244,7	559,9	316,0
	%	X	17,3	77,9	21,3	X	1,2	25,5	49,2	9,5	3,4	7,9	4,5
Berlin	1 000	2 438,9	443,3	1 887,4	415,8	1 856,6	30,8	637,7	408,7	152,2	303,6	254,5	99,9
	%	X	18,2	77,4	22,0	X	1,6	34,3	22,0	8,2	16,4	13,7	5,4
Brandenburg	1 000	2 128,4	215,5	1 595,0	206,1	1 567,6	27,4	561,7	322,4	107,7	416,4	80,3	79,2
	%	X	10,1	74,9	12,9	X	1,7	35,8	20,6	6,9	26,6	5,1	5,1
Bremen	1 000	486,5	67,3	367,3	63,5	361,9	5,4	155,4	82,4	29,3	30,6	51,6	12,7
	%	X	13,8	75,5	17,3	X	1,5	42,9	22,8	8,1	8,4	14,3	3,5
Hamburg	1 000	1 230,7	242,7	954,2	229,1	943,4	10,8	365,5	272,4	84,6	59,5	140,8	20,6
	%	X	19,7	77,5	24,0	X	1,1	38,7	28,9	9,0	6,3	14,9	2,2
Hessen	1 000	4 367,0	633,5	3 437,3	604,1	3 359,9	77,4	1 197,8	1 131,5	392,1	178,9	340,3	119,3
	%	X	14,5	78,7	17,6	X	2,3	35,6	33,7	11,7	5,3	10,1	3,6
Mecklenburg-Vorpommern	1 000	1 418,8	127,6	1 010,9	121,7	991,7	19,2	314,8	293,3	62,0	234,7	39,4	47,4
	%	X	9,0	71,2	12,0	X	1,9	31,7	29,6	6,3	23,7	4,0	4,8
Niedersachsen	1 000	6 083,0	766,3	4 828,9	733,7	4 767,6	61,3	2 058,2	1 599,9	426,3	205,2	354,9	123,1
	%	X	12,6	79,4	15,2	X	1,3	43,2	33,6	8,9	4,3	7,4	2,6
Nordrhein-Westfalen	1 000	13 257,0	2 477,3	10 385,2	2 365,3	10 246,0	139,2	4 096,1	3 524,4	1 024,9	530,0	782,6	288,1
	%	X	18,7	78,3	22,8	X	1,3	40,0	34,4	10,0	5,2	7,6	2,8
Rheinland-Pfalz	1 000	3 084,2	504,6	2 428,0	483,7	2 377,3	50,6	822,1	877,6	278,9	132,2	172,9	93,6
	%	X	16,4	78,7	19,9	X	2,1	34,6	36,9	11,7	5,6	7,3	3,9
Saarland	1 000	818,5	128,2	650,1	123,4	633,5	16,6	211,2	191,1	47,2	117,1	37,5	29,5
	%	X	15,7	79,4	19,0	X	2,5	33,3	30,2	7,4	18,5	5,9	4,7
Sachsen	1 000	3 561,4	423,2	2 695,5	402,3	2 648,1	47,5	649,8	795,3	269,6	603,8	126,9	202,6
	%	X	11,9	75,7	14,9	X	1,8	24,5	30,0	10,2	22,8	4,8	7,7
Sachsen-Anhalt	1 000	2 088,1	192,9	1 481,7	183,1	1 450,6	31,1	474,9	357,7	117,2	385,4	59,1	56,3
	%	X	9,2	71,0	12,4	X	2,1	32,7	24,7	8,1	26,6	4,1	3,9
Schleswig-Holstein	1 000	2 198,8	279,1	1 739,1	261,1	1 715,1	24,0	655,4	624,5	173,3	78,8	144,7	38,5
	%	X	12,7	79,1	15,0	X	1,4	38,2	36,4	10,1	4,6	8,4	2,2
Thüringen	1 000	1 957,8	216,3	1 477,8	208,0	1 450,8	27,1	432,8	372,4	115,0	378,3	70,0	82,2
	%	X	11,0	75,5	14,1	X	1,8	29,8	25,7	7,9	26,1	4,8	5,7
Deutschland	1 000	61 870,7	9 405,5	48 044,1	8 969,4	47 288,0	756,1	16 194,7	13 136,7	4 648,1	4 118,2	3 838,3	1 857,6
	%	X	15,2	77,7	18,7	X	1,6	34,2	35,2 ²⁾	9,8	8,7	8,1	3,9

4.3.4 Wahl zum 17. Deutschen Bundestag **)

Land	Einheit	Wahlberechtigte		Wähler/-innen		Zweitstimmen		Von den gültigen Zweitstimmen entfielen auf					
		insgesamt	dar. mit Wahlschein	insgesamt ¹⁾	dar. Briefwähler/-innen	gültig	ungültig	SPD	CDU bzw. CSU	FDP	DIE LINKE ²⁾	GRÜNE	Sonstige
Baden-Württemberg	1 000	7 633,8	1 102,3	5 530,2	1 049,0	5 442,1	88,2	1 051,2	1 874,5	1 023,0	389,6	755,6	348,2
	%	X	14,4	72,4	19,0	X	1,6	19,3	34,4	18,8	7,2	13,9	6,4
Bayern	1 000	9 382,6	2 033,5	6 720,5	1 954,7	6 652,0	68,5	1 120,0	2 830,2	976,4	429,4	719,3	576,8
	%	X	21,7	71,6	29,1	X	1,0	16,8	42,5	14,7	6,5	10,8	8,7
Berlin	1 000	2 471,7	488,9	1 752,8	463,9	1 723,4	29,4	348,1	393,2	198,5	348,7	299,5	135,4
	%	X	19,8	70,9	26,5	X	1,7	20,2	22,8	11,5	20,2	17,4	7,9
Brandenburg	1 000	2 128,7	233,4	1 425,3	219,7	1 387,6	37,8	348,2	327,5	129,6	395,6	84,6	102,1
	%	X	11,0	67,0	15,4	X	2,6	25,1	23,6	9,3	28,5	6,1	7,4
Bremen	1 000	488,0	70,1	343,0	65,8	338,6	4,4	102,4	81,0	36,0	48,4	52,3	18,6
	%	X	14,4	70,3	19,2	X	1,3	30,2	23,9	10,6	14,3	15,4	5,5
Hamburg	1 000	1 256,6	270,3	896,1	256,1	886,3	9,7	242,9	246,7	117,1	99,1	138,5	42,0
	%	X	21,5	71,3	28,6	X	1,1	27,4	27,8	13,2	11,2	15,6	4,7
Hessen	1 000	4 398,9	656,3	3 244,6	628,4	3 177,6	67,1	812,7	1 022,8	527,4	271,5	381,9	161,2
	%	X	14,9	73,8	19,4	X	2,1	25,6	32,2	16,6	8,5	12,0	5,1
Mecklenburg-Vorpommern	1 000	1 400,3	141,0	882,2	135,6	867,3	14,9	143,6	287,5	85,2	251,5	47,8	51,6
	%	X	10,1	63,0	15,4	X	1,7	16,6	33,1	9,8	29,0	5,5	5,9
Niedersachsen	1 000	6 112,1	757,4	4 482,3	726,2	4 432,6	49,7	1 297,9	1 471,5	588,4	380,4	475,7	218,6
	%	X	12,4	73,3	16,2	X	1,1	29,3	33,2	13,3	8,6	10,7	4,9
Nordrhein-Westfalen	1 000	13 288,3	2 320,7	9 493,9	2 218,2	9 389,4	104,4	2 679,0	3 111,5	1 394,6	789,8	945,8	468,8
	%	X	17,5	71,4	23,4	X	1,1	28,5	33,1	14,9	8,4	10,1	5,0
Rheinland-Pfalz	1 000	3 103,9	613,5	2 233,5	590,9	2 193,1	40,4	521,0	767,5	364,7	205,2	212,0	122,8
	%	X	19,8	72,0	26,5	X	1,8	23,8	35,0	16,6	9,4	9,7	5,6
Saarland	1 000	808,6	134,2	596,2	129,2	584,9	11,3	144,5	179,3	69,4	123,9	39,6	28,3
	%	X	16,6	73,7	21,7	X	1,9	24,7	30,7	11,9	21,2	6,8	4,8
Sachsen	1 000	3 518,2	381,4	2 286,0	368,5	2 252,4	33,6	328,8	800,9	299,1	551,5	151,3	120,8
	%	X	10,8	65,0	16,1	X	1,5	14,6	35,6	13,3	24,5	6,7	5,4
Sachsen-Anhalt	1 000	2 028,6	176,9	1 226,7	169,4	1 202,7	24,0	202,9	362,3	124,2	389,5	61,7	62,1
	%	X	8,7	60,5	13,8	X	2,0	16,9	30,1	10,3	32,4	5,1	5,2
Schleswig-Holstein	1 000	2 234,7	276,0	1 644,4	252,5	1 609,5	34,9	430,7	518,5	261,8	127,2	203,8	67,6
	%	X	12,4	73,6	15,4	X	2,1	26,8	32,2	16,3	7,9	12,7	4,2
Thüringen	1 000	1 913,6	199,6	1 247,8	193,1	1 231,8	16,0	216,6	383,8	120,6	354,9	73,8	82,1
	%	X	10,4	65,2	15,5	X	1,3	17,6	31,2	9,8	28,8	6,0	6,7
Deutschland	1 000	62 168,5	9 855,3	44 005,6	9 421,4	43 371,2	634,4	9 990,5	14 658,5	6 316,1	5 155,9	4 643,3	2 606,9
	%	X	15,9	70,8	21,4	X	1,4	23,0	33,8 ²⁾	14,6	11,9	10,7	6,0

*) Ergebnis der Wahl 2005.

**) Ergebnis der Wahl 2009.

1) Die Angaben in Prozent stehen für die Wahlbeteiligung.

2) Davon 2005 CDU: 27,8 %, CSU: 7,4 %; 2009 CDU: 27,3 %, CSU: 6,5 %.

3) Bis 16.7.2005 PDS.

4 Wahlen
 4.4 Wahlbeteiligung und Stimmabgabe der Männer und Frauen bei den Bundestagswahlen *)
 4.4.1 Wahlberechtigte und Wähler/-innen

Alter von ... bis unter ... Jahren	Wahl	Wahlberechtigte			Wähler/-innen					
		insgesamt	Männer	Frauen	insgesamt	Männer	Frauen	insgesamt	Männer	Frauen
		1 000			je 100 Wahlberechtigte 1)					
18 – 21	2009	2 380	1 217	1 163	1 498	769	729	63,0	63,2	62,7
	2005	2 385	1 223	1 162	1 669	860	809	70,0	70,3	69,6
21 – 25	2009	3 527	1 782	1 745	2 085	1 058	1 027	59,1	59,4	58,9
	2005	3 439	1 746	1 694	2 287	1 154	1 134	66,5	66,1	66,9
25 – 30	2009	4 310	2 179	2 130	2 636	1 315	1 321	61,2	60,3	62,0
	2005	4 110	2 084	2 026	2 881	1 438	1 443	70,1	69,0	71,2
30 – 35	2009	3 939	2 001	1 938	2 563	1 286	1 278	65,1	64,2	65,9
	2005	4 104	2 083	2 021	3 056	1 522	1 534	74,5	73,1	75,9
35 – 40	2009	4 432	2 244	2 188	3 055	1 525	1 530	68,9	68,0	69,9
	2005	5 830	2 965	2 865	4 572	2 283	2 289	78,4	77,0	79,9
40 – 45	2009	6 138	3 105	3 033	4 441	2 222	2 219	72,4	71,6	73,2
	2005	6 515	3 309	3 206	5 193	2 608	2 585	79,7	78,8	80,6
45 – 50	2009	6 460	3 255	3 205	4 726	2 362	2 364	73,2	72,6	73,8
	2005	5 843	2 947	2 895	4 684	2 331	2 354	80,2	79,1	81,3
50 – 60	2009	10 599	5 262	5 337	7 824	3 912	4 013	74,8	74,3	75,2
	2005	9 597	4 770	4 827	7 916	3 905	4 011	82,5	81,9	83,1
60 und mehr	2009	20 384	8 834	11 550	15 465	7 010	8 454	75,9	74,4	73,2
	2005	20 047	8 495	11 552	16 177	7 154	9 022	80,7	84,2	78,1
Insgesamt . . .	2009	62 169	29 880	32 289	44 394	21 459	22 935	71,4	71,8	71,0
	2005	61 871	29 622	32 248	48 434	23 254	25 180	78,3	78,5	78,1

4.4.2 Stimmabgabe

Alter von ... bis unter ... Jahren	Wahl	Zweitstimmen			Von 100 gültigen Zweitstimmen														
		insgesamt	ungültig	gültig	der Wähler/-innen vorstehenden Alters entfallen auf						für die einzelnen Wahlvorschläge entfallen auf Wähler/-innen vorstehenden Alters								
					1 000	SPD	CDU	FDP	DIE LINKE 2)	GRÜNE	CSU	Sonstige	SPD	CDU	FDP	DIE LINKE 2)	GRÜNE	CSU	Sonstige
Insgesamt																			
18 – 25	2009	3 517	34	3 483	18,2	20,9	15,3	10,3	15,4	5,2	14,7	6,3	6,1	8,5	7,0	11,6	6,4	19,7	
	2005	3 912	38	3 873	36,9	20,2	11,1	7,8	10,9	6,2	6,9	8,8	6,0	9,3	7,3	11,0	6,9	14,3	
25 – 35	2009	5 112	51	5 061	17,0	23,7	18,3	10,5	13,8	6,0	10,7	8,6	10,1	14,7	10,3	15,1	10,8	20,8	
	2005	5 877	60	5 817	32,7	23,0	13,1	7,4	10,9	7,2	5,7	11,8	10,2	16,4	10,5	16,5	11,9	17,9	
35 – 45	2009	7 468	78	7 390	20,2	24,1	16,6	11,2	14,8	6,0	7,1	14,9	15,1	19,4	16,0	23,5	15,5	20,3	
	2005	9 745	108	9 637	34,1	24,3	9,9	8,7	11,5	6,8	4,8	20,3	17,8	20,6	20,4	28,8	18,6	24,7	
45 – 60	2009	12 545	154	12 391	23,4	23,7	14,4	15,2	12,5	5,7	5,0	29,0	24,9	28,3	36,5	33,5	24,8	23,9	
	2005	12 483	169	12 316	34,4	26,2	9,1	11,1	8,7	6,9	3,6	26,2	24,6	24,1	33,3	27,8	24,4	23,5	
60 und mehr	2009	15 362	316	15 046	27,3	34,4	12,2	10,4	5,0	8,0	2,7	41,1	43,8	29,1	30,2	16,3	42,5	15,4	
	2005	16 028	375	15 653	34,1	34,8	8,8	7,5	3,9	8,5	2,3	32,9	41,5	29,6	28,6	16,0	38,2	19,6	
Insgesamt	2009	44 006	634	43 371	23,0	27,3	14,6	11,9	10,7	6,5	6,0	100	100	100	100	100	100	100	
	2005	48 044	748	47 296	34,2	27,8	9,8	8,7	8,1	7,4	3,9	100	100	100	100	100	100	100	
Männer																			
18 – 25	2009	1 807	17	1 790	17,9	19,1	17,3	9,7	12,1	4,9	18,9	6,6	6,6	9,1	6,2	11,0	6,7	22,1	
	2005	2 000	19	1 982	35,4	20,2	12,2	7,9	10,0	6,1	8,1	9,4	6,4	9,9	7,0	11,8	7,3	15,9	
25 – 35	2009	2 571	25	2 545	16,1	21,5	20,5	10,9	11,6	5,8	13,5	8,5	10,5	15,4	9,9	15,0	11,4	22,4	
	2005	2 938	30	2 908	30,7	23,2	14,6	7,8	10,0	7,2	6,5	11,9	10,8	17,4	10,1	17,2	12,5	18,9	
35 – 45	2009	3 734	38	3 696	20,2	22,2	18,9	12,0	12,6	5,8	8,3	15,4	15,7	20,6	15,9	23,6	16,5	20,1	
	2005	4 877	52	4 826	32,8	24,8	11,0	9,3	10,0	7,0	5,1	21,2	19,1	21,7	20,0	28,8	20,2	24,4	
45 – 60	2009	6 238	70	6 167	23,8	21,9	15,4	16,9	11,0	5,4	5,5	30,4	25,9	28,1	37,4	34,5	25,7	22,0	
	2005	6 176	80	6 097	33,3	26,2	9,5	12,6	7,8	6,8	3,8	27,2	25,5	23,7	34,3	28,2	25,0	23,1	
60 und mehr	2009	6 961	128	6 834	27,6	31,5	13,3	12,5	4,6	7,6	3,0	39,0	41,3	26,9	30,5	15,8	39,7	13,5	
	2005	7 104	148	6 957	32,6	34,3	9,6	9,2	3,4	8,4	2,6	30,3	38,2	27,3	28,6	13,9	35,0	17,7	
Zusammen	2009	21 310	278	21 032	23,0	24,8	16,1	13,3	9,4	6,2	7,3	100	100	100	100	100	100	100	
	2005	23 096	328	22 768	32,8	27,5	10,7	9,9	7,4	7,3	4,4	100	100	100	100	100	100	100	
Frauen																			
18 – 25	2009	1 710	17	1 693	18,5	22,7	13,3	10,9	18,9	5,5	10,2	6,1	5,8	7,7	7,8	12,0	6,1	16,2	
	2005	1 911	20	1 892	38,5	20,2	10,0	7,6	11,7	6,3	5,7	8,3	5,5	8,6	7,7	10,3	6,5	12,4	
25 – 35	2009	2 542	26	2 516	17,8	25,9	16,1	10,0	16,1	6,2	7,9	8,7	9,8	13,8	10,7	15,1	10,3	18,6	
	2005	2 939	30	2 909	34,7	22,8	11,5	7,1	11,8	7,2	5,0	11,6	9,7	15,2	11,0	15,9	11,4	16,7	
35 – 45	2009	3 735	40	3 694	20,2	26,1	14,4	10,3	17,0	6,1	5,9	14,5	14,6	18,2	16,1	23,5	14,7	20,5	
	2005	4 867	57	4 811	35,4	23,7	8,9	8,1	12,9	6,6	4,5	19,5	16,6	19,4	20,8	28,7	17,2	25,0	
45 – 60	2009	6 308	84	6 224	22,9	25,6	13,5	13,5	14,1	5,9	4,6	27,7	24,1	28,6	35,5	32,7	24,0	26,6	
	2005	6 307	87	6 220	35,5	26,2	8,7	9,6	9,5	7,0	3,3	25,4	23,7	24,7	32,0	27,4	23,8	24,0	
60 und mehr	2009	8 401	189	8 212	27,1	39,9	11,3	8,6	5,4	8,4	2,4	43,1	45,7	31,7	29,9	16,7	44,9	18,1	
	2005	8 924	227	8 696	35,3	35,2	8,2	6,2	4,4	8,6	2,2	35,2	44,5	32,2	28,6	17,7	41,0	21,9	
Zusammen	2009	22 695	356	22 339	23,1	29,6	13,1	10,6	12,0	6,8	4,8	100	100	100	100	100	100	100	
	2005	24 948	421	24 528	35,5	28,0	9,0	7,6	8,8	7,5	3,5	100	100	100	100	100	100	100	

*) Ergebnisse der Repräsentativstatistiken. Stichprobenumfang 2009: 2 861 Wahlbezirke oder 3,6 % der Wahlberechtigten und Wähler/-innen in der Stichprobe. Stichprobenumfang 2005: 2 867 Wahlbezirke oder 3,6 % der Wahlberechtigten und Wähler/-innen in der Stichprobe.

1) Wahlbeteiligung: Anteil der Wähler/-innen mit Stimm- und Wahrscheinvermerk im Wählerverzeichnis an den Wahlberechtigten.

2) Bis 16.7.2005 PDS.

4 Wahlen
 4.5 Wahlberechtigte, Wähler/-innen und Stimmabgabe in Gemeinden mit 250 000 Einwohnern und mehr bei der Wahl zum 17. Deutschen Bundestag *)

Gemeinde	Einheit	Bevölkerung am 31.12.2008	Wahlberechtigte	Wähler/-innen ¹⁾	Zweitstimmen		Von den gültigen Zweitstimmen entfielen auf					
					gültig	ungültig	SPD	CDU bzw. CSU	FDP	DIE LINKE ²⁾	GRÜNE	Sonstige
Berlin	Anzahl	3 431 675	2 471 665	1 752 839	1 723 405	29 434	348 082	393 180	198 516	348 661	299 535	135 431
	%	X	X	70,9	98,3	1,7	20,2	22,8	11,5	20,2	17,4	7,9
Hamburg	Anzahl	1 772 100	1 256 634	896 053	886 338	9 715	242 942	246 667	117 143	99 096	138 454	42 036
	%	X	X	71,3	98,9	1,1	27,4	27,8	13,2	11,2	15,6	4,7
München	Anzahl	1 326 807	895 101	657 183	652 946	4 237	125 887	209 354	114 675	43 891	114 430	44 709
	%	X	X	73,4	99,4	0,6	19,3	32,1	17,6	6,7	17,5	6,8
Köln	Anzahl	995 420	703 424	496 338	492 274	4 064	126 700	132 283	76 764	44 508	88 310	23 709
	%	X	X	70,6	99,2	0,8	25,7	26,9	15,6	9,0	17,9	4,8
Frankfurt am Main	Anzahl	664 838	402 198	288 977	284 736	4 241	62 350	79 120	49 792	29 948	48 870	14 656
	%	X	X	71,8	98,5	1,5	21,9	27,8	17,5	10,5	17,2	5,1
Stuttgart	Anzahl	600 068	365 542	271 763	269 104	2 659	53 331	76 633	49 616	20 876	53 992	14 656
	%	X	X	74,3	99,0	1,0	19,8	28,5	18,4	7,8	20,1	5,4
Dortmund	Anzahl	584 412	423 053	290 498	287 828	2 670	98 695	70 243	33 806	32 376	35 686	17 022
	%	X	X	68,7	99,1	0,9	34,3	24,4	11,7	11,2	12,4	5,9
Düsseldorf	Anzahl	584 217	414 125	294 423	291 881	2 542	70 498	93 653	52 251	25 206	36 864	13 409
	%	X	X	71,1	99,1	0,9	24,2	32,1	17,9	8,6	12,6	4,6
Essen	Anzahl	579 759	435 602	303 489	300 511	2 978	105 066	81 792	36 829	29 171	30 931	16 722
	%	X	X	69,7	99,0	1,0	35,0	27,2	12,3	9,7	10,3	5,6
Bremen	Anzahl	547 360	487 978	343 027	338 611	4 416	102 419	80 964	35 968	48 369	52 283	18 608
	%	X	X	70,3	98,7	1,3	30,2	23,9	10,6	14,3	15,4	5,5
Hannover	Anzahl	519 619	370 711	271 956	269 183	2 773	81 979	68 320	32 778	26 897	43 724	15 485
	%	X	X	73,4	99,0	1,0	30,5	25,4	12,2	10,0	16,2	5,8
Leipzig	Anzahl	515 469	415 259	274 415	271 106	3 309	49 203	75 775	33 461	69 193	32 472	11 002
	%	X	X	66,1	98,8	1,2	18,1	28,0	12,3	25,5	12,0	4,1
Dresden	Anzahl	512 234	421 639	284 894	281 513	3 381	42 154	94 596	38 243	59 708	35 401	11 411
	%	X	X	67,6	98,8	1,2	15,0	33,6	13,6	21,2	12,6	4,1
Nürnberg	Anzahl	503 638	345 218	239 209	236 820	2 389	55 881	75 420	30 255	22 499	30 796	21 969
	%	X	X	69,3	99,0	1,0	23,6	31,8	12,8	9,5	13,0	9,3
Duisburg	Anzahl	494 048	345 343	223 880	220 779	3 101	84 261	55 446	20 581	27 618	18 700	14 173
	%	X	X	64,8	98,6	1,4	38,2	25,1	9,3	12,5	8,5	6,4
Bochum	Anzahl	378 596	284 855	202 563	200 268	2 295	74 219	48 442	20 891	22 643	22 846	11 227
	%	X	X	71,1	98,9	1,1	37,1	24,2	10,4	11,3	11,4	5,6
Wuppertal	Anzahl	353 308	250 614	170 912	168 699	2 213	45 873	49 182	23 547	18 901	21 384	9 812
	%	X	X	68,2	98,7	1,3	27,2	29,2	14,0	11,2	12,7	5,8
Bielefeld	Anzahl	323 615	238 268	173 691	171 661	2 030	51 537	52 207	18 992	16 692	24 133	8 100
	%	X	X	72,9	98,8	1,2	30,0	30,4	11,1	9,7	14,1	4,7
Bonn	Anzahl	317 949	219 218	167 574	165 919	1 655	37 387	51 654	31 483	11 624	26 573	7 198
	%	X	X	76,4	99,0	1,0	22,5	31,1	19,0	7,0	16,0	4,3
Mannheim	Anzahl	311 342	198 437	134 143	132 358	1 785	32 627	38 435	19 900	14 936	18 052	8 408
	%	X	X	67,6	98,7	1,3	24,7	29,0	15,0	11,3	13,6	6,4
Karlsruhe	Anzahl	290 736	201 833	143 521	141 666	1 855	29 227	40 566	24 654	11 807	26 051	9 361
	%	X	X	71,1	98,7	1,3	20,7	28,6	17,4	8,3	18,4	6,6
Wiesbaden	Anzahl	276 742	187 479	133 425	131 204	2 221	30 892	40 831	23 194	11 333	18 560	6 394
	%	X	X	71,2	98,3	1,7	23,5	31,1	17,7	8,6	14,1	4,9
Münster	Anzahl	273 875	210 934	163 921	162 731	1 190	38 604	54 902	23 951	10 970	27 985	6 319
	%	X	X	77,7	99,3	0,7	23,7	33,7	14,7	6,7	17,2	3,9
Augsburg	Anzahl	263 313	185 478	121 772	120 171	1 601	22 866	45 533	15 380	9 640	15 568	11 184
	%	X	X	65,7	98,7	1,3	19,0	37,9	12,8	8,0	13,0	9,3
Gelsenkirchen	Anzahl	262 063	187 486	121 673	120 201	1 472	50 435	27 930	10 846	14 497	8 327	8 166
	%	X	X	64,9	98,8	1,2	42,0	23,2	9,0	12,1	6,9	6,8
Aachen	Anzahl	259 269	176 885	130 211	129 017	1 194	28 937	41 146	19 464	10 911	20 765	7 794
	%	X	X	73,6	99,1	0,9	22,4	31,9	15,1	8,5	16,1	6,0
Mönchengladbach	Anzahl	258 848	194 294	124 190	122 746	1 444	30 018	43 020	22 148	10 241	10 876	6 443
	%	X	X	63,9	98,8	1,2	24,5	35,0	18,0	8,3	8,9	5,2

*) Ergebnis der Wahl 2009. – Reihenfolge der Städte nach der Anzahl der Bevölkerung.

²⁾ Bis 16.7.2005 PDS.

¹⁾ Die Angaben in Prozent stehen für die Wahlbeteiligung.

4 Wahlen

4.6 Sitzverteilung im Deutschen Bundestag 1998 bis 2009

Land (a = in Wahlkreisen und aus Landeslisten, b = in Wahlkreisen)	Insgesamt				SPD				CDU				FDP				DIE LINKE ¹⁾				GRÜNE				CSU				
	14.	15.	16.	17.	14.	15.	16.	17.	14.	15.	16.	17.	14.	15.	16.	17.	14.	15.	16.	17.	14.	15.	16.	17.	14.	15.	16.	17.	
	Bundestag																												
Baden-Württemberg	a	78	76	76	84	30	27	23	15	32	34	33	37	7	6	9	15	1	-	3	6	8	9	8	11	-	-	-	-
	b	37	37	37	38	11	7	4	1	26	30	33	37	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bayern	a	93	95	89	91	34	26	24	16	-	-	-	-	5	4	9	14	1	-	3	6	6	7	7	10	47	58	46	45
	b	45	44	45	45	7	1	1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	38	43	44	45
Berlin	a	25	23	22	23	10	9	8	5	7	6	5	6	1	2	2	3	4	2	4	5	3	4	3	4	-	-	-	-
	b	13	12	12	12	9	9	7	2	-	-	1	5	-	-	-	-	4	2	3	4	-	1	1	1	-	-	-	-
Brandenburg	a	23	16	21	19	12	10	10	5	5	4	4	5	1	1	1	2	4	-	5	6	1	1	1	1	-	-	-	-
	b	12	10	10	10	12	10	10	5	-	-	-	1	-	-	-	-	-	-	4	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bremen	a	5	4	4	6	3	2	2	2	1	1	1	1	-	-	-	1	-	-	-	1	1	1	1	1	-	-	-	-
	b	3	2	2	2	3	2	2	2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Hamburg	a	13	13	14	13	7	6	6	4	4	4	4	4	1	1	1	2	-	-	1	1	1	2	2	2	-	-	-	-
	b	7	6	6	6	7	6	6	3	-	-	-	3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Hessen	a	47	44	43	45	21	18	16	12	17	17	15	15	4	4	5	8	1	-	2	4	4	5	5	6	-	-	-	-
	b	22	21	21	21	18	17	13	6	4	4	8	15	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Mecklenburg-Vorpommern	a	15	10	13	14	7	5	4	2	4	4	4	6	-	1	1	1	4	-	3	4	-	-	1	1	-	-	-	-
	b	9	7	7	7	7	5	4	-	2	2	3	6	-	-	-	-	-	-	-	1	-	-	-	-	-	-	-	-
Niedersachsen	a	68	63	62	62	35	31	27	19	24	22	21	21	4	5	6	9	1	-	3	6	4	5	5	7	-	-	-	-
	b	31	2	29	30	27	25	25	14	4	4	4	16	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Nordrhein-Westfalen	a	148	134	130	129	72	60	54	39	52	49	46	45	11	13	13	20	2	-	7	11	11	12	10	14	-	-	-	-
	b	71	64	64	64	53	45	40	27	18	19	24	37	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Rheinland-Pfalz	a	34	30	31	32	15	12	11	8	14	13	12	13	3	3	4	5	-	-	2	3	2	2	2	3	-	-	-	-
	b	16	15	15	15	10	7	5	2	6	8	10	13	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Saarland	a	8	9	10	10	5	4	4	2	3	3	3	4	-	1	1	1	-	-	2	2	-	1	-	1	-	-	-	-
	b	5	4	4	4	5	4	4	-	-	-	-	4	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Sachsen	a	37	29	36	35	12	12	8	5	13	13	14	16	2	2	4	4	8	-	8	8	2	2	2	2	-	-	-	-
	b	21	17	17	16	8	4	3	-	13	13	14	16	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Sachsen-Anhalt	a	26	18	23	17	13	10	10	3	6	6	5	5	1	1	2	2	5	-	5	6	1	1	1	1	-	-	-	-
	b	13	10	10	9	13	10	10	-	-	-	-	4	-	-	-	-	-	-	-	5	-	-	-	-	-	-	-	-
Schleswig-Holstein	a	24	22	22	24	11	10	9	6	9	8	8	9	2	2	2	4	-	-	1	2	2	2	2	3	-	-	-	-
	b	11	11	11	11	11	10	5	2	-	1	6	9	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Thüringen	a	25	17	18	18	11	9	6	3	7	6	5	7	1	1	1	2	5	-	5	5	1	1	1	1	-	-	-	-
	b	12	10	9	9	11	9	6	-	1	1	3	7	-	-	-	-	-	-	-	2	-	-	-	-	-	-	-	-
Deutschland	a	669 ²⁾	603 ³⁾	614 ⁴⁾	622 ⁵⁾	298	251	222	146	198	190	180	194	43	47	61	93	36	2	54	76	47	55	51	68	47	58	46	45
	b	328	299	299	299	212	171	145	64	74	82	106	173	-	-	-	-	4	2	3	16	-	1	1	1	38	43	44	45

¹⁾ 14. bis 15. Wahlperiode: PDS.

²⁾ Einschl. 13 Überhangmandaten für die SPD: 1 in Hamburg, 2 in Mecklenburg-Vorpommern, 3 in Brandenburg, 4 in Sachsen-Anhalt und 3 in Thüringen.

³⁾ Einschl. 4 Überhangmandaten für die SPD: 1 in Hamburg, 2 in Sachsen-Anhalt und 1 in Thüringen sowie 1 für die CDU in Sachsen.

⁴⁾ Einschl. 9 Überhangmandaten für die SPD: 1 in Hamburg, 3 in Brandenburg, 4 in Sachsen-Anhalt und 1 im Saarland sowie 7 für die CDU: 4 in Sachsen und 3 in Baden-Württemberg.

⁵⁾ Einschl. 21 Überhangmandaten für die CDU: 1 in Schleswig-Holstein, 2 in Mecklenburg-Vorpommern, 4 in Sachsen, 1 in Thüringen, 2 in Rheinland-Pfalz, 10 in Baden-Württemberg und 1 im Saarland sowie 3 für die CSU in Bayern.

4 Wahlen

4.7 Landtagswahlen

Land	Datum der Landtagswahl	Einheit	Wahlberechtigte	Abgegebene Stimmen			Von den gültigen Stimmen entfielen auf					
				insgesamt ¹⁾	gültig	ungültig	SPD	CDU, in Bayern CSU	FDP	DIE LINKE ²⁾	GRÜNE ³⁾	Sonstige
Baden-Württemberg	27.3.2011	1 000	7 622,9	5 051,9	4 983,7	68,2	1 152,6	1 943,9	262,8	139,7	1 206,2	278,5
		%	X	66,3	X	1,4	23,1	39,0	5,3	2,8	24,2	5,6
Bayern	28.9.2008	1 000	9 321,4	5 398,4	10 612,3 ⁴⁾	183,7	1 972,4	4 604,0	847,2	461,8	999,1	1 727,8
		%	X	57,9	X	1,7	18,6	43,4	8,0	4,4	9,4	16,3
Berlin	17.9.2006	1 000	2 425,5	1 407,8	1 377,4	30,4 ⁵⁾	424,1	294,0	104,6	185,2	180,9	188,6
		%	X	58,0	X	2,2	30,8	21,3	7,6	13,4	13,1	13,7
Brandenburg	27.9.2009	1 000	2 126,4	1 425,1	1 388,7	36,4	458,8	274,8	100,1	377,1	78,6	99,3
		%	X	67,0	X	2,6	33,0	19,8	7,2	27,2	5,7	7,1
Bremen	13.5.2007 ⁶⁾	1 000	486,1	279,7	275,8	3,8	101,3	70,7	16,5	23,3	45,5	18,5
		%	X	57,5	X	1,4	36,7	25,6	6,0	8,4	16,5	6,7
Hamburg	24.2.2008	1 000	1 236,7 ⁷⁾	785,2	777,5	7,7	265,5	331,1	37,0	50,1	74,5	19,4
		%	X	63,5	X	1,0	34,1	42,6	4,8	6,4	9,6	2,5
Hessen	18.1.2009	1 000	4 375,3	2 670,4	2 591,9	78,5	614,6	963,8	420,4	139,1	356,0	97,9
		%	X	61,0	X	2,9	23,7	37,2	16,2	5,4	13,7	3,8
Mecklenburg-Vorpommern	17.9.2006	1 000	1 415,3	837,0	818,1	19,0	247,3	235,4	78,4	137,3	27,6	92,1
		%	X	59,1	X	2,3	30,2	28,8	9,6	16,8	3,4	11,3
Niedersachsen	27.1.2008	1 000	6 087,3	3 476,1	3 425,4	50,7	1 036,7	1 456,7	279,8	243,4	274,2	134,5
		%	X	57,1	X	1,5	30,3	42,5	8,2	7,1	8,0	3,9
Nordrhein-Westfalen	9.5.2010	1 000	13 267,1	7 870,4	7 760,5	109,9	2 675,8	2 681,7	522,2	435,6	941,2	504,0
		%	X	59,3	X	1,4	34,5	34,6	6,7	5,6	12,1	6,5
Rheinland-Pfalz	27.3.2011	1 000	3 088,2	1 908,7	1 868,2	40,5	666,8	658,5	79,3	56,1	288,5	119,0
		%	X	61,8	X	2,1	35,7	35,2	4,2	3,0	15,4	6,4
Saarland	30.8.2009	1 000	804,6	544,2	534,8	9,4	131,2	184,5	49,1	113,7	31,5	24,8
		%	X	67,6	X	1,7	24,5	34,5	9,2	21,3	5,9	4,6
Sachsen	30.8.2009	1 000	3 510,3	1 830,8	1 797,3	33,5	187,3	723,0	178,9	370,4	115,0	222,9
		%	X	52,2	98,2	1,8	10,4	40,2	10,0	20,6	6,4	12,4
Sachsen-Anhalt	20.3.2011	1 000	1 988,2	1 017,5	993,5	24,0	213,6	323,0	38,2	235,0	70,9	112,8
		%	X	51,2	X	2,4	21,5	32,5	3,8	23,7	7,1	11,4
Schleswig-Holstein	27.9.2009	1 000	2 224,1	1 636,4 ⁸⁾	1 603,4	33,0	407,6	505,6	239,3	95,7	199,4	155,7
		%	X	73,6	X	2,0	25,4	31,5	14,9	6,0	12,4	9,7
Thüringen	30.8.2009	1 000	1 910,1	1 073,7	1 054,3	19,4	195,4	329,3	80,6	288,9	64,9	95,2
		%	X	56,2	X	1,8	18,5	31,2	7,6	27,4	6,2	9,0

¹⁾ Die Angaben in Prozent stehen für die Wahlbeteiligung.

²⁾ Bis 16.7.2005 PDS, bis 15.6.2007 Die Linke.

³⁾ Hamburg: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Landesverband Hamburg, Grüne Alternative Liste (GRÜNE/GAL).

⁴⁾ Jede(r) Wähler/-in hatte 2 Stimmen.

⁵⁾ Einschl. der abgegebenen Wahlschläge ohne Stimmzettel für das Abgeordnetenhaus.

⁶⁾ Unter Einbeziehung des Ergebnisses der Wiederholungswahl am 6. 7. 2008.

⁷⁾ Korrektur der Zahl der Wahlberechtigten im Wege des Wahlprüfungsverfahrens am 1.8. 2008.

⁸⁾ Nach Berichtigung und Neufeststellung des Ergebnisses durch den Landtag am 28. 1. 2010.

4.8 Sitze der Parteien in den Länderparlamenten ^{*)}

Land	Datum der Landtagswahl	Abgeordnete insgesamt	SPD	CDU bzw. CSU	FDP	DIE LINKE ¹⁾	GRÜNE ²⁾	Sonstige
Baden-Württemberg	27.3.2011	138	35	60	7	–	36	–
Bayern	28.9.2008	187	39	92	16	–	19	21 ³⁾
Berlin	17.9.2006	149	53	37	13	23	23	–
Brandenburg	27.9.2009	88	31	19	7	26	5	–
Bremen	13.5.2007 ⁴⁾	83	32	23	5	7	14	2 ⁵⁾
Hamburg	24.2.2008	121	45	56	–	8	12	–
Hessen	18.1.2009	118	29	46	20	6	17	–
Mecklenburg-Vorpommern	17.9.2006	71	23	22	7	13	–	6 ⁶⁾
Niedersachsen	27.1.2008	152	48	68	13	11	12	–
Nordrhein-Westfalen	9.5.2010	181	67	67	13	11	23	–
Rheinland-Pfalz	27.3.2011	101	42	41	–	–	18	–
Saarland	30.8.2009	51	13	19	5	11	3	–
Sachsen	30.8.2009	132	14	58	14	29	9	8 ⁶⁾
Sachsen-Anhalt	20.3.2011	105	26	41	–	29	9	–
Schleswig-Holstein	27.9.2009	95	25	34	14	6	12	4 ⁷⁾
Thüringen	30.8.2009	88	18	30	7	27	6	–

^{*)} Stand nach dem Ergebnis der letzten Wahl.

¹⁾ Bis 16.7.2005 PDS, bis 15.6.2007 Die Linke.

²⁾ Hamburg: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Landesverband Hamburg, Grüne Alternative Liste (GRÜNE/GAL).

³⁾ FW FREIE WÄHLER Bayern e.V. (FW FREIE WÄHLER).

⁴⁾ Unter Einbeziehung des Ergebnisses der Wiederholungswahl am 6.7. 2008.

⁵⁾ 1 Sitz DEUTSCHE VOLKSUNION (DVU) und 1 Sitz Bürger in Wut (BIW).

⁶⁾ Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD).

⁷⁾ Südschleswigscher Wählerverband (SSW).

4 Wahlen
 4.9 Parteizugehörigkeit der Mitglieder der Bundesregierung und der Länderregierungen sowie Stimmzahl der Länder im Bundesrat am 1.7.2009

Bundesregierung Landesregierung	Datum der Bundestags- bzw. Landtagswahl	Partei- zugehörigkeit der Bundes- kanzlerin, des Minister- präsidenten ¹⁾	Parteizugehörigkeit der Minister/-innen ²⁾					Stimmzahl im Bundesrat	
			SPD	CDU, in Bayern CSU	FDP	DIE LINKE ³⁾	GRÜNE ⁴⁾		Sonstige
Bundesregierung	27.9.2009	CDU	–	10	5	–	–	–	X
Baden-Württemberg	27.3.2011	GRÜNE	6	–	–	–	4	–	6
Bayern	28.9.2008	CSU	–	9	2	–	–	–	6
Berlin	17.9.2006	SPD	4	–	–	3	–	1 ⁵⁾	4
Brandenburg	27.9.2009	SPD	5	–	–	4	–	–	4
Bremen	13.5.2007	SPD	5	–	–	–	2	–	3
Hamburg	24.2.2008	CDU	–	5	–	–	3	1 ⁵⁾	3
Hessen	18.1.2009	CDU	–	7	3	–	–	–	5
Mecklenburg-Vorpommern	17.9.2006	SPD	4	4	–	–	–	–	3
Niedersachsen	27.1.2008	CDU	–	7	2	–	–	–	6
Nordrhein-Westfalen	9.5.2010	SPD	8	–	–	–	3	–	6
Rheinland-Pfalz	27.3.2011	SPD	5	–	–	–	3	–	4
Saarland	30.8.2009	CDU	–	4	2	–	2	–	3
Sachsen	30.8.2009	CDU	–	6	2	–	–	1 ⁵⁾	4
Sachsen-Anhalt	20.3.2011	CDU	4	4	–	–	–	–	4
Schleswig-Holstein	27.9.2009	CDU	–	4	2	–	–	1 ⁵⁾	4
Thüringen	30.8.2009	CDU	4	4	–	–	–	1 ⁵⁾	4

¹⁾ Bzw. der Ministerpräsidentin. – In Berlin: Regierender Bürgermeister; in Bremen: Präsident des Senats; in Hamburg: Erster Bürgermeister.

²⁾ In Berlin, Bremen und Hamburg: Senatoren bzw. Senatorinnen.

³⁾ Bis 16.7.2005 PDS, bis 15.6.2007 Die Linke.

⁴⁾ Hamburg: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Landesverband Hamburg, Grüne Alternative Liste (GRÜNE/GAL).

⁵⁾ Parteilos.

4.10 Tätigkeit des Deutschen Bundestages und des Bundesrates

Gegenstand der Nachweisung	8.	9.	10.	11.	12.	13.	14.	15.	16.	17. ¹⁾
	Wahlperiode									
Eingebrachte Gesetzesentwürfe										
der Bundesregierung	322	146	280	321	407	443	443	320	537	111
des Bundestages	111	58	183	227	297	329	328	211	264	85
des Bundesrates	52	38	59	47	96	151	93	112	104	30
Insgesamt	485	242	522	595	800	923	864	643	905	226
Gesetzesbeschlüsse auf Initiative von:										
Bundesregierung	288	104	237	267	345	403	394	281	488	82
Bundestag	39	16	42	68	99	102	108	85	89	20
Bundesrat	15	8	32	15	28	36	22	17	19	4
Bundesregierung/Bundestag/Bundesrat ²⁾	12	11	9	19	50	25	35	17	20	3
Insgesamt	354	139	320	369	507	566	559	400	616	109
Vermittlungsausschuss angerufen durch:										
Bundesregierung	7	3	–	–	14	10	10	11	1	1
Bundestag	1	–	–	–	–	8	1	1	–	–
Bundesrat	69	17	6	13	71	74	66	90	17	5
Insgesamt	77 ³⁾	20	6	13	85	92	77	102	18	6
dar. als Gesetz verkündet	57	17	6	12	62	73	63	88	18	4
Sonstige Tätigkeit										
Bundestag										
EU-Vorlagen	1 761	1 355	1 828	2 413	2 070	2 734	3 137	2 491	3 896	1 191
Vorlagen von Abgeordneten, die keinen Gesetzesentwurf enthalten (früher: selbstständige Vorlagen)	139	165	1 409	2 698	1 321	2 697	2 247	1 334	/	/
Große Anfragen	47	32	175	145	98	156	101	65	63	23
Kleine Anfragen	434	297	1 006	1 419	1 382	2 071	1 813	797	3 299	1 099
Mündliche und schriftliche Fragen ⁴⁾	23 467	14 384	22 864	20 251	20 876	18 367	15 054	13 622	15 492	7 744
Aktuelle Stunden	9	12	117	126	103	103	141	71	113	36
Petitionen (ohne Masseneingaben)	48 846	27 308	49 118	52 528	81 881	76 134	65 358	55 249	69 937	19 703
Bundesrat										
Verordnungen	554	298	448	546	639	619	504	436	468	148
Verwaltungsvorschriften	78	45	71	61	47	69	58	30	44	8
Vorlagen aus der Europäischen Union	660	405	634	769	783	746	604	511	567	165
Sonstige Vorlagen	337	183	301	405	528	477	506	353	397	165
Plenarsitzungen										
des Bundestages ⁵⁾	230	142	256	236	243	248	253	187	233	82
des Bundesrates	51	28	52	53	51	54	50	35	47	16
Sitzungen von Ausschüssen und Unterausschüssen										
des Bundestages	1 955	1 099	2 305	2 297	3 024	2 525	2 848	1 903	2 700	852
des Bundesrates	796	436	828	988	1 138	931	843	563	695	169
Frakctions- und Fraktionsvorstandssitzungen des Bundestages	674	400	900	840	1 147	888	1 120	665	945	336
Ältestenratssitzungen des Bundestages	86	53	103	95	87	84	88	59	78	27
EU-/Europakammer-Sitzungen	X	X	X	3	4	1	1	–	–	–

¹⁾ Stand: 31.12.2010.

²⁾ Ohne Zuordnung des Schwerpunktes der Initiative.

³⁾ Zu 71 Gesetzesbeschlüssen.

⁴⁾ Mündliche Fragen werden in der Fragestunde beantwortet.

⁵⁾ Ohne Gedenksitzungen.

Quellen: Deutscher Bundestag, Berlin, und ab Position »Sonstige Tätigkeit« Bundesrat, Berlin (soweit es dessen Tätigkeit betrifft)

4 Wahlen
 4.11 Rechtsvorschriften des Bundes
 4.11.1 Gesetze

Gesetzentwurf ¹⁾	Eingebrachte Gesetze insgesamt			Zustande gekommen ²⁾ (Art. 78, 82 GG)			Anderweitig erledigt				Nicht mehr erledigt		
	14.	15.	16.	14.	15.	16.	14.	15.	16.	14.	15.	16.	
	Wahlperiode												
Gesamtzahl der beim Bundestag und Bundesrat eingebrachten Gesetzentwürfe der Bundesregierung . . .	450	362	539	410	287	505	22	16	18	18	59	16	
davon federführendes Ressort ³⁾ :													
Bundeskanzleramt	3	4	5	3	3	4	-	-	-	-	1	1	
Auswärtiges	30	35	33	30	34	33	-	-	-	-	1	-	
Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz . . .	19	27	39	18	20	37	1	1	1	-	6	1	
Finanzen	78	58	95	72	53	90	3	-	2	3	5	3	
Inneres	36	33	60	33	26	58	-	-	1	3	7	1	
Justiz	90	73	95	79	59	92	4	2	1	7	12	2	
Verkehr, Bau- und Stadtentwicklung	47	32	46	44	28	42	1	-	3	2	4	1	
Verteidigung	9	7	6	8	7	6	-	-	-	1	-	-	
Wirtschaft und Arbeit	55	56	61	53	42	58	2	1	2	-	13	1	
Familie, Senioren, Frauen und Jugend	10	5	12	10	5	5	-	-	6	-	-	1	
Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	24	23	39	24	16	36	-	1	1	-	6	2	
Bildung und Forschung	6	3	7	5	2	6	1	1	-	-	-	1	
Gesundheit und Soziales	22	30	19	10	16	17	10	10	1	2	4	1	
Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung . . .	3	0	1	3	-	1	-	-	-	-	-	-	
Arbeit und Soziales	42	X	40	41	X	38	-	X	-	1	X	2	
Post und Telekommunikation	-	X	X	-	X	X	-	X	X	-	X	X	
Raumordnung, Bauwesen, Städtebau	-	X	X	-	X	X	-	X	X	-	X	X	
Gesetzentwürfe													
des Bundestages	328	211	264	108	79	87	182	88	135	38	44	42	
des Bundesrates	224	187	167	22	16	19	97	50	36	105	121	112	
Abspaltungen von Initiativen	-	3	-	134	3	2	1	-	-	1	-	-	
Insgesamt . . .	1 002	760	970	549 ⁴⁾	385 ⁴⁾	613 ⁴⁾	302	154	189	162	224	170	

4.11.2 Rechtsverordnungen

Federführendes Ressort ^{3) 5)}	Rechtsverordnungen insgesamt			Veröffentlicht im					
	14.	15.	16.	Bundesgesetzblatt			Bundesanzeiger		
				14.	15.	16.	14.	15.	16.
Wahlperiode									
Bundeskanzleramt	5	4 ⁶⁾	3	5	4 ⁶⁾	3	-	-	-
Auswärtiges	22	13	7	22	13	7	-	-	-
Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz . . .	198	245	320	155	208	246	43	37	74
Finanzen	104	114	143	104	114	140	-	-	3
Inneres	66	53	67	63	53	67	3	-	-
Justiz	54	36	34	52	36	34	2	-	-
Verkehr, Bau- und Stadtentwicklung	563	18	455	79	6	142	484	12	313
Verteidigung	26	10	19	26	10	19	-	-	-
Wirtschaft und Arbeit	144	243	182	117	194	163	27	49	19
Familie, Senioren, Frauen und Jugend	9	16	5	9	16	5	-	-	-
Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	100	76	70	100	75	68	-	1	2
Bildung und Forschung	27	32	32	27	32	32	-	-	-
Gesundheit	106	108	69	93	107	64	13	1	5
Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung . . .	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Arbeit und Soziales	91	X	110	91	X	83	-	X	27
Post und Telekommunikation	-	X	X	-	X	X	-	X	-
Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	-	X	X	-	X	X	-	X	-
Insgesamt . . .	1 515	968	1 516	943	868	1 073	572	100	443

¹⁾ Gesetzentwürfe können auch von mehreren Ministerien gemeinsam vorgelegt werden. In solchen Fällen werden alle beteiligten Ministerien in der Kategorie »federführendes Ressort« angegeben. Die Addition der bei den einzelnen Ministerien genannten Zahlen stimmt daher nicht mit der Gesamtsumme der Regierungsentwürfe überein.

²⁾ Zustimmung des Bundesrates, Verkündung.

³⁾ Stand: Ende 16. Wahlperiode.

⁴⁾ Die Differenz in der Addition der Einzelzahlen zur Gesamtsumme ist durch Vereinigungen und Abspaltungen von Gesetzentwürfen zu erklären.

⁵⁾ Unberücksichtigt ist, ob die Rechtsverordnung von der Bundesregierung, mehreren Bundesministern oder von einer nachgeordneten Stelle erlassen wurde.

⁶⁾ Einschl. der vom Deutschen Bundestag erlassenen Rechtsverordnungen.

Quellen: Deutscher Bundestag, Berlin und Bundesamt für Justiz, Bonn

Publikationen

Aktuelle Beiträge in »Wirtschaft und Statistik«

Europawahl 2009	Heft	4/09
Siebte Direktwahl zum Europäischen Parlament in der Bundesrepublik Deutschland am 7. Juni 2009		7/09
Grundlagen und Daten der Wahl zum 17. Deutschen Bundestag am 27. September 2009.		8/09
Endgültiges Ergebnis der Wahl zum 17. Deutschen Bundestag am 27. September 2009.		11/09
Wahlverhalten bei der Bundestagswahl 2009 nach Geschlecht und Altersgruppen		3/10

**Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments
 aus der Bundesrepublik Deutschland**

Veröffentlichung der Ergebnisse der **Wahl vom 13.6.1999**
 in Fachserie 1 »Bevölkerung und Erwerbstätigkeit«:
 5 Hefte und 1 Sonderheft erschienen.

Veröffentlichung der Ergebnisse der **Wahl vom 13.6.2004**:
 5 Hefte und 1 Sonderheft erschienen

Veröffentlichung der Ergebnisse der **Wahl vom 7.6.2009**:
 5 Hefte und 1 Sonderheft erschienen.

Wahl zum 15. Deutschen Bundestag

Veröffentlichung der Ergebnisse der **Wahl vom 22.9.2002**:
 5 Hefte und 2 Sonderhefte erschienen.

Wahl zum 16. Deutschen Bundestag

Veröffentlichung der Ergebnisse der **Wahl vom 18.9.2005**:
 5 Hefte und 2 Sonderhefte erschienen.

Wahl zum 17. Deutschen Bundestag

Veröffentlichung der Ergebnisse der **Wahl vom 27.9.2009**:
 Bisher 5 Hefte und 2 Sonderhefte erschienen.

Auskünfte

Sie haben hierzu noch Fragen oder möchten eine Beratung bzw. Unterstützung bei der Datenrecherche?

Unseren fachlichen Auskunftsdienst erreichen Sie telefonisch unter 06 11/ 75 48 63.

Für schriftliche Anfragen nutzen Sie bitte unser Kontaktformular unter www.destatis.de/kontakt

Die Ergebnisse – auch aus früheren Bundestags- bzw. Europawahlen stehen zum kostenlosen Download über die Homepage des Bundeswahlleiters unter www.bundeswahlleiter.de zur Verfügung.

Weitere Details zu unserem Informationsangebot können Sie den Ausführungen auf Seite 10 f. oder unserer Homepage unter www.destatis.de entnehmen.